

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,60 M.
im voraus zahlbar, Halbjahr 4,32 M.,
einjährig 8,64 M., Postgebühren und
72 Bl. Postbestellgebühren. Auslands-
abonnements 6,- M. pro Monat; für
Kläder mit ermäßigtem Druckprei-
sen 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“ Ferner „Frauenstimme“,
„Technik“, „Bild in die Zukunft“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Dienstag
28. April 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Reparationsliste 60 Bl.
Reparationsliste 2.- M. „Kleine An-
zeigen“ des jetzigen Blattes 25 Bl.
täglich zwei jetzige Blätter, jedes
weitere Blatt 10 Pf. Rabat u. Tarif.
Stellungsliste das erste Blatt 10 Pf.,
jedes weitere Blatt 10 Pf. Werte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte,
Rechtmarkt Seite 60 Bl. Familien-
anzeigen Seite 40 Bl. Anzeigenannahme
im Hauptgebäude Lindenstraße 2, wochen-
täglich von 8^{1/2} bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 192-197 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. P. u. Dik. -Gef., Depositent., Jerusalemstr. 65-66.

Spiel mit Kriegsoffern!

Kürzung der bescheidenen Renten?

Von Erich Rossmann, M. d. R.

Die deutsche Öffentlichkeit konstatiert mit Ueberraschung das plötzliche Auftreten einer imposanten, förmlich aus dem Boden gestampften Bewegung der deutschen Kriegsoffiziere. In Berlin, Frankfurt, Jena, Breslau, Köln, Stettin, Dresden, Gelsenkirchen, Königsberg haben sie sich zu Kundgebungen zusammengefunden, die bis zu 15 000 Teilnehmer zählten. Weitere Demonstrationen in allen größeren Städten Deutschlands sind in den nächsten Tagen geplant. Träger dieser Bewegung ist der Reichsbund der Kriegsoffiziere, die größte und erfolgreichste der deutschen Kriegsoffiziersorganisationen. Was sind die Ursachen ihrer spontanen Bewegung, von der rund eine halbe Million Menschen ihre allmähliche Ausräumung ist zugesichert worden.

Die deutsche Kriegsoffiziersversorgung beruht auf einem modernen, auf sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebauten Recht, das unter dem ersten Kabinett Hermann Müller im Jahre 1920 geschaffen worden ist. Nach vorübergehenden Rückschlägen während der Inflationsperiode ist dieses Recht unter stärkster politischer Mitarbeit der Sozialdemokratie weiter verbessert worden. Die noch verbliebenen Mängel sind von allen Regierungen und Parteien anerkannt, ihre allmähliche Ausräumung ist zugesichert worden.

Seit zwei Jahren ist in dieser Arbeit ein empfindlicher Rückschlag im Gange. Großkapitalistische Kreise und ihre Presse haben die Versorgungsfrage zum Gegenstand von Angriffen gemacht, die von keinerlei Sachkenntnis getrübt waren. Der Hansabund hatte ein Sparprogramm vorgelegt, das die Versorgung den Betrag von 225 Millionen Mark jährlich entziehen wollte. Der frühere Reichsarbeitsminister Wiffel hat sich mit größter Energie gegen diese wahnwitzigen Pläne gewandt. Er wurde dafür in der kapitalistischen Presse als ein Mann bezeichnet, der die Rentenpflicht zücht und Unwürdige an die „Krippe“ lasse. Kaum zehn Jahre nach Beendigung des Krieges hatte sich aber in vielen Köpfen der „Dank des Vaterlandes“ in eine Futterkrippe verwandelt! Wegen einiger vertretbarer Sparmaßnahmen, die in erster Linie den Zweck haben sollten, den weitergehenden Angriffen auf die Versorgung die Spitze abzubrechen, wurden Wiffel und die Sozialdemokratie gerade von den Kreisen in der bödsartigsten Weise angegriffen, die vor rigorosen Eingriffen in die Rechte der Kriegsoffiziere nicht zurückschreckten, als sie die Sozialdemokratie in der Regierung abgelöst hatten. Durch Notverordnungen und Verwaltungsmaßnahmen sind rund zwei Dutzend Eingriffe in das materielle Recht und in das Rechtsmittelfahren vollzogen worden.

Obwohl diese Eingriffe sehr empfindlich waren, blieben die Massen der Kriegsoffiziere verhältnismäßig ruhig und überließen die Vertretung ihrer Interessen den Leitern ihrer Organisationen, die in der Verhandlung mit Regierung und Parlament über eine große Erfahrung verfügen. Die bisherigen Maßnahmen trafen außerdem vorwiegend solche Personenkreise, die erst eine Versorgung erstrebten. Im Zusammenhang mit dem neuen Defizit, das infolge der anhaltenden Verminderung der Reichseinnahmen in beträchtlicher Höhe im laufenden Rechnungsjahre zu erwarten ist, hat sich herumgesprochen, daß die Reichsregierung nun auch die Bezüge der Kriegsoffiziere kürzen und Kriegshinterbliebenen, deren Ansprüche zweifelsfrei und seit Jahren bestehen, bei der Durchführung ihrer Sparabsichten antasten will.

Zur Durchführung solcher Pläne reicht die Sparemächtigung, die der Reichsregierung im Haushaltsgesetz für 1931 gegeben worden ist, nicht aus. Sie können nur durch eine neue Notverordnung verwirklicht werden. Für die Versorgung der Kriegsoffiziere sind im Haushaltsplan 1931/32 rund 1300 Millionen Mark eingelegt. In diese Summe teilen sich 838 953 Kriegsoffiziere, 378 000 Kriegserwitwen, 621 000 Kriegserwitwen und 366 462 Kriegserwitwen. Die Durchschnittsrenten sind von solcher Bescheidenheit, daß die Empörung, die sich jetzt gegen die Absicht der Regierung in elementarer Weise geltend macht, nur zu verstandlich ist. Dieser Absicht muß mit aller Energie entgegengetreten werden. Die Kriegsoffiziere fühlen sich durch diese Pläne brüskiert und für die ungeheuren Blutopfer und die treue Hingabe an das Ganze, dessen sie sich im Krieg wie im Frieden befleißigt haben, mit schändem und dank belohnt. Die 2 1/2 Millionen versorgungsberechtigten Kriegsoffiziere in Deutschland sind ein politischer Faktor, dessen Einfluß sich infolge der besonderen mora-

Snowdens neue Steuern.

Motorräder, Benzin, Grundbesitz. — 800 Millionen Mark für Arbeitslose.

London, 27. April. (Eigenbericht.)

Der „Budget-Tag“ ist einer der größten Kalendertage im politisch-parlamentarischen Leben Englands. Als Abschluß des schwersten Krisenjahres in der englischen Geschichte wurde deshalb die am Montag gehaltene Rede des Finanzministers durch den Zweifel, ob es dem vor zwei Monaten schwer erkrankten Snowden möglich sei, seinen Etat persönlich einzuführen.

Große Menschenmengen erwarteten den Finanzminister vor dem Parlamentsgebäude. Das Haus selbst war bis auf den letzten Platz von erregten Abgeordneten und Zuhörern überfüllt. Von seiner Frau und zwei Ärzten begleitet kam Snowden unbemerkt ins Haus. Stürme aller Parteien begrüßten ihn, als er auf zwei Stufen gestiegen den Sitzungssaal betrat.

Um seine Redezeit abzukürzen, hatte der Schatzkanzler bereits zwei Stunden vorher den Abgeordneten einen gedruckten Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres überreichen lassen. Daraus ist zu entnehmen, daß die Ausgaben im Jahre 1930/31 die Summe von 799 Millionen Pfund Sterling erreicht haben, gegenüber 749 Millionen Pfund im Vorjahre und 197 Millionen Pfund im Jahre 1913/14. Infolge der Wirtschaftskrise sind diesmal die Einnahmen erheblich unter dem Vorschlag zurückgeblieben. Die Arbeitslosenunterstützung hat die hierfür eingelegte Summe um 10 1/2 Millionen Pfund überschritten. Ingesamt hat im vergangenen Jahre die Arbeitslosenfürsorge dem Staat 32 Millionen Pfund gekostet. An dem jährlichen Bericht Snowdens ist besonders bemerkenswert, daß als

Ergebnis der Erbschaftsteuer 82 610 000 Pfund Sterling eingegangen

sind. Die Schulden und Staatsanleihen konnten zwar um rund 55 1/2 Millionen Pfund vermindert werden, haben jedoch noch immer die phantastische Höhe von 7 413 278 000 Pfund Sterling. Von den deutschen Reparationszahlungen hat England im vergangenen Jahre 9 Millionen Pfund erhalten.

Die erwarteten Sensationen für den neuen Etat sind in der Rede des „eisernen Schatzkanzlers“ ausgeblieben. Trotz größter Sparmassnahmen balancieren die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1931/32 in der Summe von 803 366 000 Pfund Sterling.

Für den Arbeitslosenfonds sind diesmal 40 Millionen eingelegt.

Für 37 1/2 Millionen Pfund im neuen Etat waren keine Einnahmen zu finden. Snowden deckt sie durch Verdoppelung der Motorradsteuer auf 30 Schilling und eine Erhöhung der Benzinsteuer von vier auf sechs Pence, eine Maßnahme, die der Schatzkanzler sofort in Kraft treten läßt. Der große Rest des Defizits soll durch Erhöhung der Steuer auf den Grundbesitz beseitigt werden. Die Art dieser Zusatzsteuer überläßt Snowden der Finanzkommission. Eine Erhöhung der Einkommensteuer lehnt der Finanzminister ab, da sie nur ein Anreiz sei zu einer Herabsetzung der Löhne. Mit Ausnahme der von den Arbeitgebern und Angestellten zu erhebenden Einkommensteuer muß diese im kommenden Jahre zu zwei Dritteln bereits am 1. Januar entrichtet werden. Das letzte Drittel wird am 1. Juli fällig. In dem Etat ist keine Zollerhöhung und keine Erhöhung der Lebenshaltungskosten enthalten.

Stegerwald gegen Schiele.

Differenzen um die Zollpolitik. — Vertagung der Kabinetts-Entscheidung?

Innerhalb der Reichsregierung wurden in den letzten Tagen wiederholt Besprechungen über neue von dem Reichsernährungsminister Schiele verlangte Zollerhöhungen geführt. Die Differenzen sind nach wie vor außerordentlich groß. Sie konnten bisher nicht beigelegt werden.

Wie im März, so ist auch diesmal eine Verständigung zwischen den verschiedenen Auffassungen der einzelnen Reichsminister außerordentlich schwierig. Dem Reichsernährungsminister stehen alle diejenigen Minister gegenüber, die von den Zollerhöhungen eine sehr gefährliche Zuspitzung der Beziehungen Deutschlands zu den Ostseestaaten und Holland befürchten, die einen sehr beträchtlichen Teil der deutschen Ausfuhr aufnehmen. Bei dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, der als der schärfste Gegner der Pläne Schieles angesehen werden kann, spielt neben den gekennzeichneten Gesichtspunkten auch die Verteuerung der Lebenshaltung, die mit den Zollerhöhungsplänen verbunden wäre und die nicht nur seine Lohnbauaktion nachträglich verurteilen, sondern auch schwere gefährliche innenpolitische Spannungen hervorzurufen würde, eine entscheidende Rolle.

Wenn aber in der Presse behauptet wird, daß Stegerwald in der Kabinettsitzung am Sonnabend mit seinem Rücktritt gedroht habe und jetzt als Antwort darauf der Rücktritt Schieles in der agrarischen Presse als nahe bevorstehend bezeichnet wird, so muß man diese Gerüchte mindestens zunächst als verfrüht ansehen. Es ist nicht anzunehmen, daß Stegerwald seinen Rücktritt vollzieht, ohne daß der Rücktritt von Brüning und damit der Sturz der Gesamtregierung herbeigeführt würde. Das aber ist

um so weniger wahrscheinlich, als der Standpunkt von Stegerwald in früheren Stadien in weitgehendem Maße von Brüning geteilt wurde.

Da vermutlich die Gegenläufe, die schon im März zu einer Vertagung der Zollerhöhungspläne geführt haben, sich auch jetzt nicht überbrücken lassen, so dürfte eine nochmalige Vertagung wenigstens bis nach den Genfer Verhandlungen als der von der Regierung zu beschreitende Ausweg zu betrachten sein.

Eine solche Vertagung ist aber nicht möglich bei den Forderungen nach Ermäßigung der Zölle, insbesondere der Ermäßigung des Zolles auf Weizen, Roggen und Gerste. Hier handelt es sich um eine Frage, deren sofortige Erledigung unbedingt erforderlich ist. Bei Aufrechterhaltung der bisherigen Zollsätze für Getreide wird den bisherigen Erhöhungen der Brotpreise in einigen Orten Deutschlands bald eine allgemeine Erhöhung in ganz Deutschland folgen. Die Regierung ist aber durch das letzte Zollerhöhungsgezet verpflichtet, alles zu tun, um einer Brotpreiserhöhung über den bisherigen Stand hinaus vorzubeugen. Diese Verpflichtung muß erfüllt werden. Sie läßt keine Vertagung der Zollerhöhungen auf Getreide zu.

Die Entscheidung über das Brot.

Im Laufe dieser Woche muß sich die Reichsregierung entscheiden, ob sie die gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen und in ehrlicher Auslegung des letzten Ermächtigungsgesetzes eine Senkung des Brotpreises durchführen will. Auch heute warnen wir die Reichsregierung, sich nicht den Forderungen der agrarischen Katastrophopolitiker zu beugen und in völliger Verkennung der

lischen Kraft, die ihrer Ansprüche an den Staat innewohnt, in allen Verästelungen des Volkstums geltend zu machen weiß. Das Unrecht, das man diesen durch den Krieg um Glück und Gesundheit betrogenen Mitbürgern zufügt, wird sich bitter rächen. Es wird um so aufreizender wirken, als es gegenüber Ansprüchen vollzogen werden soll, die durch die Verfassung nicht einen so bevorzugten Schutz genießen wie die Pensionen der Offiziere, der hohen Beamten und der Minister, die nach altem Recht versorgt sind. Die empörenden Mißstände, die auf diesem Gebiete die öffentliche Meinung seit Jahren erregen, bestehen unvermindert fort. Die Regierung hat zwar einen Gesetzentwurf über die

Pensionskürzung dem Reichstag vorgelegt, aber wir haben nicht gehört, daß die Regierung, die alle ihre finanziellen Maßnahmen im Eiltempo durchführt, jemals ihren Einfluß zugunsten einer beschleunigten Erledigung dieser Frage geltend gemacht hätte. Das läßt tief blicken. Die Kürzung der Bezüge unserer Kriegskruppel, hilfloser Waisen und alter Eltern glaubte man aber ohne Befragung der Parlaments und der Beteiligten in aller Stille im Handumdrehen vollziehen zu können. Wir warnen die Regierung vor diesem Schritt. Er wird sich politisch als ein großer Fehlschlag erweisen. Der Massenaufruf der Kriegsoffiziere wirkt alarmierend.

Sachlage eine weitere Steigerung der Getreide- und damit der Brotpreise latentlos zuzulassen.

Die Lage ist außerordentlich ernst. Wird das Kabinett nicht einschneidende Maßnahmen treffen, die eine tatsächliche Senkung der Preise für das wichtigste Nahrungsmittel gewährleisten, dann sind die Folgen dieses Verhaltens nicht abzusehen.

Den Brotpreis in Berlin durch Einführung eines minderwertigeren Kriegsbrottes künstlich niedrig erscheinen zu lassen, ist ein Taschenspielertrick. Die Maßnahme selbst kann auch keinen Erfolg haben. Es handelt sich nicht nur um eine Senkung des Berliner Brotpreises, sondern der deutsche Brotpreis steht zur Diskussion.

In Westdeutschland, namentlich im Rheinland, aber auch in Hessen, Baden und Württemberg wird auch nicht wie in Berlin und Ostdeutschland, kein Roggenbrot gebacken, das nur 3 bis 10 Proz. Weizenmehl enthält, sondern in diesen Gegenden wird hauptsächlich ein Brot konsumiert, das zu einem großen Teil aus Weizenmehl besteht. Die Propagierung eines Kammhrottes würde dort auf den entschiedensten Widerstand der Verbraucherschaft stoßen. Der Einwand, daß gerade in Westdeutschland das rheinische oder westfälische Schwarzbrot viel konsumiert wird, ist demagogisch. Siebzig Prozent des in Westdeutschland hergestellten Brotes sind helle Weizen-Roggenmischbrote und nur zu dreißig Prozent wird dort ein Roggen-schrotbrot gebacken. Soweit ein Bedarf an Roggenbrot dort besteht, wird also schon jetzt ein solches hergestellt. Jede zwangsmäßige weitere Ausdehnung des Konsums an Roggen-schwarzbrot, nur zu dem Zweck, um mit einem Taschenspielertrick den Brotpreis in der Statistik niedrig erscheinen zu lassen, ist ein Eingriff in die Freiheit des Konsums, schraubt die Entwicklung der Ernährungsgewohnheiten um Jahre zurück und muß an der Empörung aller Konsumenten scheitern.

In fast allen deutschen Großstädten liegt der jetzige Brotpreis über dem Durchschnitt der Brotpreise im letzten halben Jahr.

Ersparnisse an den Hungernden? Die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister.

Am Montag trugen die drei Spitzenverbände der Arbeitergewerkschaften dem Reichsarbeitsminister ihre Sorgen um die Arbeiterversicherung vor. Sie führten aus, daß die Arbeiter stark beunruhigt seien wegen der ständigen Angriffe auf die Sozialversicherung, wo doch allgemein bekannt sein müsse, daß die Renten meist nicht zum Lebensnotwendigsten reichten und die Sozialrentner im Hinblick auf die allgemeine Verarmung auch von ihren Verwandten nicht mehr die Zusendungen von ehemals erhielten. Die organisierten Arbeiter seien sich des Ernstes der politischen und wirtschaftlichen Lage bewußt, sie könnten aber nicht ruhig zusehen, daß ihre Sorgen, im Verhältnis zur Lage anderer Bevölkerungsschichten, als weniger wichtig angesehen und behandelt würden. Auch der Arbeitsminister möge den ungerechtfertigten Angriffen verstärkt entgegen-treten.

Der Reichsarbeitsminister ging auf die vorgetragenen Sorgen und Wünsche in ausführlicher Rede ein. Er ließe sich durch eine überspitzte Kritik nicht auf eine unsoziale Linie abdrängen. Die allgemeine Wirtschaftss- und Finanznot dränge allerdings dahin, daß um Schlimmeres zu verhüten, Ersparnisse überall dort vorgenommen werden müßten, wo sie vertretbar seien. Die Knapp-schaftsversicherung werde durch geeignete Maßnahmen Hilfe zunächst für ein Jahr finden. Ueber die Invalidenversicherung lägen bestimmte Pläne noch nicht vor. Was die Arbeitslosenversicherung betrafte, so könne er dem Gutachten der Kommission nicht vorgreifen. Er gebe den Arbeitern die Versicherung, daß er in der Sozialversicherung, im Tarif- und Schlichtungswesen das zu halten suche, was bei der heutigen Finanz- und Wirtschaftsnot überhaupt gehalten werden könne.

Gegen die Welle der Verfassungsfragen. Nationalsozialistische Verfassungsstreitigkeiten zurückgewiesen.

Leipzig, 27. April.

In den drei von der Nationalsozialistischen Partei angestregten Verfassungsstreitigkeiten, die am Sonntag vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich verhandelt wurden, hat der Staatsgerichtshof heute entschieden, daß den Klägern die Sachbefugnis zur Erhebung der Klage nicht zuzuerkennen sei und demgemäß alle drei Klagen zurückgewiesen werden.

Der Begründung schloß die Vorsitzende, Reichsgerichts-präsident Dr. Bumke, einige grundsätzliche Bemerkungen voraus: Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich in Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes sei im Artikel 19 der Reichsverfassung von zwei Voraussetzungen abhängig gemacht. Es dürfen innerhalb des Landes keine Gerichte zur Erledigung solcher Verfassungsstreitigkeiten bestehen, und ferner darf kein anderer Gerichtshof des Reiches für einen dergleichen Streit zuständig sein. Irgendwelche anderen Vorschriften über den Begriff „einer Verfassungsstreitigkeit innerhalb eines Landes“ und über die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes finden sich weder in der Reichsverfassung, noch in dem Gesetz über den Staatsgerichtshof. Damit sei der Staatsgerichtshof selbst vor die Aufgabe gestellt, diese nähere Abgrenzung zu finden. In den zehn Jahren, die seit dem Beginn der Tätigkeit des vorläufigen Staatsgerichtshofes verfloßen sind, hätten sich einigermaßen feste Regeln ausgeprägt. Zunächst habe sich die Notwendigkeit gezeigt, schon um einer Ueberflutung des Staatsgerichtshofes mit Verfassungsfragen vorzubeugen, keine Popularklagen zuzulassen, d. h. nicht jedermann die Befugnis zuzusprechen, den Staatsgerichtshof anzurufen. Diese Befugnis sei vielmehr nur ganz bestimmten Stellen zugesprochen worden, insbesondere solchen, die an der Bildung des Staatswillens beteiligt sind. Als solche Stellen seien vornehmlich anerkannt die Landtage und die Fraktionen der Landtage, weiter aber auch die politischen Parteien. Außerdem könne oder nicht jede Stelle, die an sich parteifähig ist, einen jeden Streit vor den Staatsgerichtshof bringen; es müsse eine Legitimation in der bestimmten Sache vorliegen. Diese Sachbefugnis sei den Fraktionen für die Fälle, in denen eine Kürzung der Rechte des Landtages oder von Widerrechten des Landtages behauptet werde, und den Parteien, soweit sie als Träger bestimmter Funktionen und Rechte bei der Vorbereitung von Wahlen in Frage kommen, zugesprochen worden. Bei den vorliegenden drei strittigen Angelegenheiten sei die Sachbefugnis der Antragsteller in jedem Falle zu verneinen gewesen. Es habe sich nicht um die Winderung von Rechten des Landtages oder von Landtags-minderheiten, auch nicht um Verstöße bei Wahlen gehandelt. Daher hätten die Anträge zurückgewiesen werden müssen.

Flaggenzwischenfall in Meissen.

Außenpolitisches Porzellan durch Nazis und Stahlhelm zerfchlagen.

Meissen, 27. April. (Eigenbericht.)

In Meissen, wo in den letzten Tagen französische Arbeiter-sportler weilten, waren zur Begrüßung der Ausländer am Bahnhof eine schwarz-rot-goldene und eine blau-weiß-rote Fahne der französischen Republik gehißt worden. Stahlhelm, Nazis, Aldeutsche und andere Spießbürger bestürmten daraufhin das sächsische Innenministerium. Was tat es? Es kapituliert vor den nationalsozialistischen Hehern und veranlaßte die Entfernung des Banners der französischen Republik. Natürlich aus Gründen der „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“, die durch einige Schupo-beamte ohne weiteres gewährleistet gewesen wäre.

Dieser Vorfall ist nicht nur beschämend, er ist auch sehr bedauerlich wegen seiner unvermeidlichen diplomatischen Folgen. Man wolle sich vor, irgendwo in Frankreich würden die dortigen Nationalisten die Entfernung der schwarz-rot-goldenen Fahne verlangen, die zu Ehren deutscher Sportgäste gehißt worden wäre —

und die französischen Behörden würden nachgeben! Das Geschrei in der gesamten deutschen Rechtspreffe möchte man in solchem Maße hören! Welche Forderungen würden die deutschen Nationalisten nicht erheben, um diese nationale „Schmach wieder gutzumachen“ usw.! Wenn sich dann die französische Regierung entschuldigen würde, könnte man bestimmt bei Hugenberg und Goebbels lesen, daß das nicht genüge, daß der verantwortliche Prä-fekt sofort abgesetzt werden müsse, der zuständige Minister un-erzüglich zu demissionieren hätte, daß die deutsche Flagge abermals gehißt und dabei ein französisches Bataillon mit Muffen präsentieren sollte usw.

Die Meißener Rechtsparteien haben jetzt die Reichsregierung in die angenehme Lage veretzt, sich bei Frankreich entschuldigen zu müssen. Das ist aber den Herrschaften ganz egal. Hauptache ist für sie, daß sie die nationalsozialistischen Leidenshaken in beiden Ländern wieder einmal aufgepeitscht haben. Das ist ihre Art, die „nationalen Belange“ zu wahren.

Del Bano Botschafterkandidat.

Spanische Regierung wird ihn vorschlagen.

Madrid, 27. April. (Eigenbericht.)

In Madrider politischen Kreisen wird es höchst unangenehm empfunden, daß durch die Latlosigkeit eines Berliner Blattes eine Kampagne um die Person des von der Regierung der spanischen Republik zum Botschafter in Berlin ausersehenen Sozialisten Alvarez del Bano entstanden ist. Wir können dennoch versichern, daß man im spanischen Kabinett entschlossen ist, in Berlin das Agreement für Bano nachzuziehen.

Banos Persönlichkeit ist in den Angriffen des Berliner Blattes völlig verkannt. Von jeher ein eifriger Anhänger der republikanischen und sozialistischen Ideen, ist er seit langer Zeit zu einem ersten und im Auslande wirksamen Freunde Deutschlands geworden. Banos Wunsch bei Uebernahme der Berliner Botschaft wäre es, mit allen seinen Kräften für die Annäherung Spaniens und Deutschlands zu arbeiten. Dabei gehen seine Gedanken gewiß auch über die direkten Beziehungen der beiden Länder hinaus und berühren in sozialistischem Geist die großen europäischen Probleme, für deren Entscheidung der Völkerverbund der gegebenen Platz ist.

Bandervelde in Madrid.

Madrid, 27. April. (Eigenbericht.)

Der belgische Sozialistenführer Bandervelde, der zurzeit in Madrid weilte, erklärte am Montag Pressevertretern gegen-über, daß er nach Madrid gekommen sei, um an der Tagung des Zentralkomitees der Gewerkschaftsinternationale teilzunehmen, in deren Verlauf er eine Rede halten werde. Dagegen sei es nicht

schon lange vor dem Umsturz in Spanien be-schlossen worden sei, müsse er seiner Freude über das glückliche Zusammentreffen dieses Ereignisses mit der Tagung der Gewerkschaftsinternationale Ausdruck geben. Er habe bereits Unterredungen mit den sozialistischen Kabinettsmitgliedern Prieto, Callero und de los Rios gehabt. Sein Aufenthalt in Madrid werde nicht von langer Dauer sein, da er am Sonntag in Zürich an der Sitzung des Exekutivausschusses der Arbeiter-Internationale teilnehmen müsse. Er werde über Barcelona zurückreisen, um auch den dortigen Sozialisten einen Besuch abzulassen.

Ueber die politische Lage in Spanien befragt, antwortete Bandervelde, die Gegenwart und die Zukunft der sozialistischen Partei seien ausgezeichnet. Die Spanier würden einen großen Irrtum begehen, wenn sie den Kundgebungen, die im Ausland bei der Ankunft des Königs erfolgt wären, zu viel Bedeutung beilegen. In Belgien wie in allen anderen Ländern seien die Rechtselemente natürlich mit der Umwandlung in Spanien unzufrieden. Aber die große Masse der europäischen Völker habe Spanien gegenüber leb-hafte Sympathien empfunden. Insbesondere auch in Italien habe das neue spanische Regime außerordentliche Aufmerksamkeit erregt.

Auf dem hier tagenden Gewerkschaftslangtag sprach auch der frühere belgische Minister Bandervelde. Ihm wurde eine besondere Huldigung zuteil. U. a. sah man auf der Tagung auch die spanischen Minister Largo Caballero und Prieto. Am Schluß der Sitzung wurde ein Hoch auf die spanische Republik aus-gebracht.

Ehrenmann Kube.

Eine wüste Beschimpfung gegen Sebering.

Der ehemalige preussische Staatsoberförster Bütow in Sorau (R.-L.) hat an den preussischen Ministerpräsidenten einen Brief gerichtet, in dem er um Rücknahme seiner Ent-laffung ersucht. Bütow ist wegen seiner Tätigkeit für die Hitler-Partei diszipliniert worden.

Für diesen Oberförster Bütow hat sich Herr Wilhelm Kube, M. d. L., interessiert. Er schrieb über Bütow an Hitler den folgenden Brief:

Mitglied des Preussischen Landtags
K/B Wilhelm Kube, M. d. L. Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Str. 5,
Berlin W 30, Köpferstr. 91 III den 27. November 1930.
(Fernr.: A 4 Zentrum 9041 bis 9050.)

Herren

Adolf Hitler

München

Sehr verehrter Herr Hitler!

In der Anlage überreiche ich Ihnen das Schreiben des brotlos gewordenen Parteigenossen Bütow. Bütow ist eine famos-soldatische Erscheinung. Wie wäre es, wenn er besonderer Gau-SM-Führer für die Ostmark würde? Aus dem Gau gehen mindestens 800 M. für SM-Zwecke ein, so daß man dem Parteigenossen Bütow sogar das alte Gehalt als Oberförster voll anbieten könnte. Was glauben Sie, was es in der Beamenschaft des Ostens für einen Eindruck macht, wenn die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei einen von dem Schweinehund Sebering gemah-regelten Oberförster mit gleichen Bezügen sofort in Ihre Dienste übernimmt.

Mit herzlichem Gruß

Ihr treu ergebener gez. Wilhelm Kube.

Der Fall Bütow ist jedenfalls erledigt. Sein neuestes Schreiben jedoch hat den Fall Kube ausgerufen. Herr Kube wird sich äußern müssen.

Da hört man nichts von Notverordnung! Geographisches aus der „Kreuz-Zeitung“.

Die biedere „Kreuz-Zeitung“, die noch immer irgendwie unter Aus-schluß der Öffentlichkeit erscheint, ist ganz aus dem Häuschen: Teddy Thämann hat an die kommunistischen Arbeiter in Moskau ein Schreiben gerichtet, das demnach von dummen Renommisterei über den nicht bevorstehenden Endsieg der deutschen Kommunisten strotzt, daß es wirklich nur von den zensurbehüteten Schäflein Stalins ernst genommen werden kann.

In Deutschland findet sich einzig und allein die „Kreuz-Zeitung“, die sich über dieses Schreiben aufregt, dessen Inhalt sie sich aus Moskau gegreht herübertelegraphieren läßt. „Da hört man nichts von Notverordnung“ jammert die alte Monarchistentaube.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat ganz recht. Man sieht da wieder einmal, wie die margittlich versuchte Preußenregierung

mit den Bolschewisten unter einer Decke steckt. Anderenfalls hätte doch sicher die Preußenregierung die Pflicht gehabt, den Teddy-Brief bei seiner Ankunft — in Moskau zu beschlagnahmen und seine Veröffentlichung in der — Moskauer Presse zu ver-bieten. Dazu sie doch durch die Notverordnung Brünings-sicherlich autorisiert gewesen wäre!

Goebbels in München verhaftet.

Zur Zwangsvorführung zum Berliner Termin.

München, 27. April.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels wurde am Montag abend um 10 Uhr, als er beim Abendessen in einem Münchener Hotel saß, von der Polizei verhaftet. Goebbels, der schon im Besitz einer Schlafwagenkarte war, fuhr um 11 Uhr in Begleitung von Polizeibeamten nach Berlin. Die Verhaftung wurde angeordnet, weil Goebbels einen Termin in Berlin am Montag nicht wahrgenommen hatte.

Goebbels will brav sein.

Herr Goebbels darf in Berlin wieder reden, nachdem er dem Polizeipräsidenten folgende Erklärung abgegeben hat:

„Kamens und für den Gau Berlin der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verpflichtet ich mich, dafür Sorge zu tragen, daß in Versammlungen der Partei, in denen ich als Redner auftrete, die mit der Ueberwindung beauftragten Beamten der Ortspolizeibehörde nicht grüßlich beschimpft, lächerlich gemacht oder sonst angegriffen werden.“

Herr Goebbels will künftig brav sein — ob es ihm gelingt, ist eine andere Frage.

Die Wirtschaftspartei bleibt bei Drewitz.

Geschlossene Sitzung auf dem Parteitag.

Die Wirtschaftspartei hielt am Montag in Hannover eine geschlossene Sitzung ihres Parteitages ab, in der der Fall Drewitz besprochen wurde. Die Aussprache war sehr erregt. Es folgte dann die Wahl des Parteiführers. Der bisherige Partei-führer Drewitz ist mit 731 von 1001 Stimmen wieder-gewählt worden. 258 Stimmzettel lauteten gegen Drewitz, 12 Vertreter enthielten sich der Stimme. Ein Gegenkandidat war von der Opposition nicht aufgestellt worden.

Vor der Wahl wurde eine Reihe von Satzungsänderungen angenommen. Danach soll der geschäftsführende Vor-stand in Zukunft aus neun Mitgliedern bestehen, von denen drei, nämlich der erste Vorsitzende, der Schriftführer und der erste Schatzmeister ihren Wohnsitz in Berlin haben müssen. Zum geschäftsführenden Vorstand gehören der Vorsitzende der Reichstags- und der preussischen Landtagsfraktion. Außerdem wurde ein er-weiterter Vorstand gebildet, der sich aus Vertretern der Wahlkreisverbände zusammensetzt.

Die Wahl von Stuttgart.

Nationalsozialistische Enttäuschung.

Aus Stuttgart wird uns zu dem Ausgang der Oberbürgermeisterwahl, die gegen die Nationalsozialisten und die Kommunisten zugunsten des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Lautenschläger ausfiel, unter anderem geschrieben:

In Württemberg werden die Stadtoberhäupter auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bestellt. Die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart, der einzigen Großstadt des Landes, war daher ein Barometer für den Grad des Verständnisses der Wähler für politische Notwendigkeiten. Es darf erfreulicherweise festgestellt werden, daß diese Wahl, die sozusagen zu einem Entscheidungspunkt zwischen verantwortungsbewußter Sachlichkeit und unverantwortlicher Demagogie wurde, zugunsten der Sachlichkeit entschieden worden ist und zwar in einem geradezu achtunggebietenden Maße. Wenn zu einem Zeitpunkt, an dem man in Stuttgart 30 000 Arbeitslose zählt, die Kommunisten, obwohl sie in der Person Torglers ihren zugkräftigsten Gaul aus dem Stall gezogen hatten, der den Wählern goldene Berge versprochen, gegenüber dem Wahlergebnis vom 14. September 13 349 Stimmen einbüßten, so ist das ein glänzendes Zeugnis für die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geleitete Erziehungs- und Aufklärungsarbeit.

Aber auch die Nationalsozialisten, deren Verlust von 744 Stimmen geringer ist — wobei man berücksichtigen muß, daß sie bei der letzten Reichstagswahl in Württemberg schon am schiefsten von allen deutschen Wahlkreisen abgeschnitten hatten und dieses Ergebnis jetzt aufzubessern hofften —, haben im Gegenzug hierzu eine empfindliche Schlappe erlitten. Sie wurden offiziell von der Volkspartei und inoffiziell auch von einem großen Teil der Deutschnationalen unterstützt. Außerdem war ihr Kandidat ein Gemeindevorstand, der von vielen Beamten aus beruflicher Solidarität gewählt worden ist. Und wie war für ihn agitiert worden! Wenn er einen jüdischen Kellameister engagiert hätte, so würde der Apparat kaum besser funktioniert haben. Sein Bild mit der Unterschrift „Der neue Oberbürgermeister“ hatte schon lange an allen Anschlagtafeln gepirrt und war um des schönen Namens willen selbst von den beiden pseudodemokratischen Inseratenplantagen, dem „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ und der „Württembergischen Zeitung“, den Wählern zu Gemüte geführt worden. Und nun dieser Reinsfall, obwohl Lautenschläger von Anfang an jede persönliche Agitation grundsätzlich abgelehnt hatte und die für ihn eintretenden Parteien sich unter Verzicht auf die Abhaltung öffentlicher Versammlungen lediglich auf die Abgabe von Erklärungen durch die Presse beschränkt haben.

Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände wird man den Ausfall der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl als ein höchst erfreuliches Zeichen für den beginnenden politischen Gesundungsprozeß begrüßen dürfen.

Das nennen sie „Erfolg“!

Der nationalsozialistische „Angriff“ berichtet über die Stuttgarter Wahl und den Lippeschen Volksentscheid unter der Überschrift: „Wahlerfolge in Stuttgart und Lippe“. Der „Erfolg“ sieht so aus: In Lippe haben die den Volksentscheid betreibenden Parteien 35 032 Stimmen erzielt gegenüber 46 000 bei der Septemberwahl, die Stimmengabe beim Volksentscheid ist noch unter die Zahl der Einzelstimmungen zum Volksbegehren gesunken; in Stuttgart haben die Hafenkreuzler rund 3500 Stimmen gegenüber der Reichstagswahl eingebüßt. Das ist das Gegenteil eines Erfolges!

Der „Angriff“ behauptet zum Fall Lippe: „Die von Volksentscheid betreibenden Parteien, an der Spitze die NSDAP, konnten ihre Stimmengabe gegenüber der Reichstagswahl bedeutend steigern — trotz mühsamem Terror der Wint.“ Es fehlen ihnen an der Stimmengabe der Reichstagswahl 11 000 Stimmen — das nennen sie Steigerung!

Inflationspolitik in Rußland.

In einem Jahr stieg der Geldumlauf um 45 Prozent.

Im Jahre 1930 ist der Geldumlauf der Sowjetunion von 2860,9 Millionen Rubel am 1. Januar 1930 auf 4355,2 Millionen Rubel am 1. Januar d. J. gestiegen, was eine Zunahme um 1194,3 Millionen Rubel oder rund 45 Prozent bedeutet.

Nach dem Ausweis vom 1. März 1931 stellt sich der Umlauf von Staatsgeld auf 2308,2 Millionen Rubel. Da der Umlauf von Noten und Schecks sich zum 1. März auf 2107,7 Millionen Rubel stellte, so betrug der gesamte Geldumlauf am 1. März 4415,9 Millionen Rubel. Am 1. Januar d. J. betrug demgegenüber der Geldumlauf der Sowjetunion 4355,2 Millionen Rubel, so daß also in den Monaten Januar/Februar eine Emission in Höhe von 60,7 Millionen Rubel erfolgt ist. Im März ist eine weitere Zunahme des Geldumlaufes eingetreten, indem der Umlauf von Noten und Schecks sich zum 1. März auf 2193,8 Millionen am 1. April, das heißt um 86,1 Millionen Rubel gesteigert hat.

Im Jahre 1931 ergab sich also bisher eine weitere Steigerung des Geldumlaufes um mindestens 147 Millionen Rubel. Das Tempo der Inflation hat sich verlangsamt; die Inflationspolitik macht aber weitere Fortschritte.

Papst gegen Faschistenterror.

Scharfes Schreiben — der Kampf um die Jugend.

Rom, 27. April. (Eigenbericht.)

Auf die jüngste Mailänder Rede des Generalsekretärs der faschistischen Partei hat der Papst am Montag in einem Schreiben an den Kardinalbischof von Mailand geantwortet, dessen Wortlaut noch weit schärfer ist als die letzte Papstpredigt. Die Angriffe des Generalsekretärs auf die katholische Volkspartei und deren soziale und erzieherische Bestrebungen werden entschieden zurückgewiesen. Gleichzeitig spricht der Papst von den Gefahren des Faschismus, in denen die Jugend vom Faschismus erzogen werde. Es wird als Wahnsinn und als eine wahre Ungeheuerlichkeit hingestellt, wenn die geforderte Totalität der faschistischen Herrschaft auch das seelische Leben jedes einzelnen umfassen wolle.

Desider Zador gestorben.

Desider Zador, der hochberühmte Bass-Bariton der Städtischen Oper, ist nach längerem Leiden einer schweren Krankheit erlegen. Der Künstler hat seinerzeit der Komischen Oper angehört und kam nach mehrjährigem Wirken in Dresden und Budapest an das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg, von dem er an die Städtische Oper übernommen wurde. Zador war ein Sänger von vielseitiger Berwendbarkeit und von höchster künstlerischer Zuverlässigkeit. Seine Bilanzrolle, in der er internationale Berühmtheit erlangt hat, war der Alberich in Wagners Nibelungen.

Hitlers Vormarsch.



Wie seit dem 14. September 1930 die Nationalsozialistische Partei ihrem Ziel ständig näher kommt!

Hafenkreuz-Chrentafel.

Aus dem Vorleben führender SA-Leute.

Einer der führenden Leute der hitlerkreuzen SA in Brandenburg a. d. Havel ist Herr Wilhelm Rißes (Brandenburg a. d. Havel, Lindenstraße 15). Uns interessiert weniger die besondere Rolle, die Rißes bei der Stennes-Revolution gespielt hat, als vielmehr die wahrscheinlichen Motive für seine „entschiedene Haltung zu Hitler und zu Goebbels“. Den Schlüssel für die „beispiellose Hitler-treue“ des Herrn Rißes gibt dessen Vorleben; Rißes hat bisher folgende Strafen erhalten:

- 17. 9. 1913 vom Landgericht Magdeburg einen Verweis wegen Diebstahls;
- 3. 10. 1914 vom Schöffengericht Brandenburg eine Woche Gefängnis wegen Diebstahls;
- 14. 12. 1914 vom Schöffengericht Brandenburg einen Monat Gefängnis wegen Diebstahls;
- 5. 8. 1915 vom Schöffengericht Brandenburg zwei Monate Gefängnis wegen Diebstahls;
- 8. 12. 1915 vom Landgericht Magdeburg sechs Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls;
- 28. 3. 1916 von der Strafkammer Brandenburg unter Einrechnung der vorstehenden Strafe ein Jahr vier Monate Gefängnis wegen wiederholten einfachen und schweren Diebstahls;
- 14. 5. 1918 von der Strafkammer Brandenburg ein Jahr sechs Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls und Bedrohung;
- 12. 12. 1919 vom Landgericht III Berlin ein Jahr Gefängnis wegen schweren Diebstahls im strafverschärfenden Rückfall;
- 3. 4. 1925 vom Schöffengericht Brandenburg zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust wegen Diebstahls im Rückfall;
- 18. 8. 1925 vom Schöffengericht Biesermünde-Oestermünde ein Jahr Zuchthaus wegen Diebstahls im Rückfall; die beiden letzten Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust zusammengezogen. Der Ehrverlust läuft bis 27. Februar 1933.
- 16. 4. 1925 vom Amtsgericht Brandenburg neun Monate Gefängnis wegen Diebstahls im Rückfall;
- 7. 8. 1925 vom Amtsgericht Bremen vier Monate Gefängnis wegen Diebstahls im Rückfall;
- 31. 7. 1925 von der Strafkammer Köln neun Monate Gefängnis wegen Betruges;
- 13. 7. 1928 vom Schöffengericht Brandenburg acht Monate Gefängnis wegen versuchten und vollendeten Diebstahls im strafverschärfenden Rückfall.

Herr Rißes ist noch immer SA-Führer der Hitler-Partei in Brandenburg a. d. Havel!

Ein anderer hitlerkreuzer SA-Führer ist Herr Heinrich Rehrmann in Bernau bei Berlin (Berliner Straße 161); er kommandiert die Standarte VI der NSDAP in Bernau, den Sturm 36 und den Trupp Bernau. Aus seiner Vergangenheit ist folgendes von Interesse: Rehrmann wurde bestraft am

- 14. 11. 1912 von der Strafkammer Ebersfeld zwei Monate Gefängnis wegen Diebstahls in zwei Fällen;
- 5. 10. 1921 vom Schöffengericht Berlin-Tempelhof ein Jahr und eine Woche Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust wegen Diebstahls im Rückfall;
- 8. 11. 1922 vom Schöffengericht Schwerin zwei Jahre Zuchthaus wegen schweren Diebstahls im Rückfall.

Adjutant und Kassierführer der Schutzstaffel München ist Herr Georg Kumeier (München, Sebastianplatz 8). An ihm interessiert uns, daß er folgende Strafen erhalten hat:

- 31. 3. 1921 vom Volksgericht Amberg drei Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls;
- 17. 6. 1921 vom Schöffengericht Amberg unter Einbeziehung der vorstehenden Strafe drei Monate 14 Tage Gefängnis wegen Diebstahls.

Adjutant des Gausturms Stahfurt ist Herr Karl Reischmann (Stahfurt, Wilhelmstraße 1). Aus seinem Vorleben ist für uns wichtig, daß er folgende Strafen erhalten hat:

- 12. 7. 1921 vom Schöffengericht Stahfurt fünf Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls in 3 Fällen;
- 30. 6. 1922 vom Schöffengericht Bernburg zwei Wochen Gefängnis wegen Begünstigung;
- 11. 11. 1929 vom Schöffengericht Stahfurt zwei Wochen Gefängnis wegen Diebstahls.

Im Lande Mecklenburg-Strelitz stellten die Nationalsozialisten in letzter Zeit den Wanderredner Körner als besonders zugkräftiges Parodieredner heraus. Körner ist Regierungs-obersekretär an der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg. Als Beamter einer republikanischen Staatsbehörde eignete er sich nach Ansicht der Nazis sicherlich zur Propagierung des „Dritten Reichs“ besonders gut.

Da Körner im Ländchen Strelitz die „Krone der Nazis“ war, wurden alle Versammlungen in der „Vg. Körner“ sprechend, groß angekündigt. So hatten seine Freunde auch in Dahlen bei Friedland für ihn die Kellertrommel gerührt. Die Krone Körner aber blieb aus und die Nazis mußten die Versammlungsbesucher nach Hause schicken. Der Naziredner war verhindert. Seine Rede gegen Republik, Marxismus und Korruption konnte er diesmal nicht vom Stapel lassen.

Warum Körner in der Versammlung in Dahlen nicht sprechen konnte, wurde bald darauf bekannt. Körner war wegen Unterschlagung von 3000 Mark Versicherungsbeiträgen aus seinem Amt entlassen und der Staatsanwalt mußte ermitteln.

Der „raube Kämpfer“ Körner dürfte vorläufig ausgekämpft haben. Er liefert durch seine Handlungsweise einen neuen Beweis dafür, daß die Nazis am wenigsten dazu berufen sind, für Sauberkeit und Ehrlichkeit in Wirtschaft und Politik einzutreten.

Ein Schimpfbild verurteilt.

Ein Monat Gefängnis für einen schlesischen SA-Führer.

Görlitz, 27. April.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Görlitz hatte sich heute der frühere Gauführer Schlessens der SA, Krommer-Breslau, wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz zu verantworten. Krommer hatte in einer Versammlung in Rüstau die republikanische Staatsform verächtlich zu machen versucht und Minister beleidigt. Der Angeklagte will seine Ausführungen nicht auf die Staatsform, sondern auf die Parteien gemünzt haben. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht verurteilte Krommer wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz zu einem Monat Gefängnis.

Landfriedensbruchprozeß in Stuttgart.

Stuttgart, 27. April. (Eigenbericht.)

Das Erweiterte Schöffengericht Stuttgart sprach in einem Landfriedensbruchprozeß von 11 kommunistischen Angeklagten acht frei und verurteilte drei zu Gefängnisstrafen von je drei Monaten. Die Angeklagten hatten am 9. Dezember 1930 in Ludwigsburg einen Zusammenstoß mit Nationalsozialisten.

Die als Zeugen auftretenden Nationalsozialisten wurden, obwohl auch sie bei den nächtlichen Zusammenstößen prozessiert hatten, vom Gericht, insbesondere aber vom Staatsanwalt, äußerst höflich behandelt. Was die an der Schlägerei beteiligten Nazis gegen die Kommunisten ausfragten, war für den Staatsanwalt maßgebend, während man die Beweisanträge des Verteidigers der Angeklagten mit freistufiger Kälte entgegennahm. Wen man schon wegen der politischen Schlägerei überhaupt Anklage erhob, dann hätten unter allen Umständen auch die Nationalsozialisten auf die Anklagebank gehört; denn sie haben in jener Dezembernacht in einem Fall durch ihre Äußerungen einen Zusammenstoß geradezu heraufbeschworen.

Der 1. Mai in der Spanischen Botschaft. Nach einer Mitteilung der Spanischen Botschaft in Berlin wird der spanische Geschäftsträger am 1. Mai, der von der spanischen Republik zum Feiertag erklärt wurde, zwischen 5 und 7 Uhr die Mitglieder der spanischen Kolonie im Botschaftsgebäude empfangen.

Hochschulreaktion oben und unten

Das Zusammenspiel von Hochschulverband und völkischer Studentenschaft

Durch eine vor kurzem erfolgte Veröffentlichung in den Mitteilungen des Verbandes deutscher Hochschulen ist die Aufmerksamkeit neuerdings wieder auf Vorgänge gelenkt worden, die die geradezu unhaltbaren Zustände im deutschen Hochschulleben kennzeichnen. Es handelt sich um den sogenannten „Fall Gumbel“, der in Wahrheit ein Fall „Deutsche Studentenschaft“ ist.

Ausgangspunkt des erbitterten Kampfes der nationalsozialistischen Studentenschaft ist ein an sich nicht wichtiger Vorfall. Dr. Gumbel hatte vor einer Reihe von Jahren in einer Versammlung der „Deutschen Friedensgesellschaft“ in seinem Schlusswort die Anwesenden aufgefordert, sich zu Ehren der Toten des Weltkrieges zu erheben, und hatte dann etwa die Wendung gebraucht „zu Ehren der Toten, die — ich will nicht sagen — auf dem Felde der Unehre gefallen sind“. Man kann über den Beschma und die Zweckmäßigkeit dieser Äußerung durchaus streiten, und Dr. Gumbel hat sie selbst später als eine Entgleisung empfunden. Daß er damit nicht das Andenken der unglücklichen Opfer des Weltkrieges, zu deren Ehren er sich die Versammlung erheben ließ, meinen konnte, sondern nur eine Achtung des Krieges, wie sie späterhin unter dem Kellogg-Patt Gemeingut der offiziellen Politik geworden ist, aussprechen wollte, steht jedoch fest. Die von nationalsozialistischer Seite nach einigen Tagen aufgedaunte Angelegenheit gab auch der Fakultät Anlaß, sich mit ihr zu beschäftigen. Die Eindeutigkeit des Vorfalls veranlaßte auch die Fakultät,

von jedem disziplinarischen Verfahren abzusehen.

In dem damals erstatteten Gutachten fanden sich über die Persönlichkeit Gumbels, der nicht nur ein Versicherungsmathematiker von Rang, sondern eine temperamentvolle Kämpfernatur ist, Sätze wie dieser: „Auf den ersten Blick ist Gumbel ein fanatischer Idealist. Er glaubt an seine Sache, den Pazifismus, und an seine Mission darin. Wo dieser Idealismus in Frage kommt, hat er Mut, nicht nur die Zivilcourage, zu sagen, was er denkt, sondern den Mut zum Bagnis seines Lebens.“ In gleicher Richtung bewegt sich eine Äußerung derjenigen Studenten, die Gumbel als Lehrer kennengelernt haben.

Wie ist es erklärlich, daß dieser Mann, der in Jahren ruhiger und von seinen Schülern geachteter Lehrtätigkeit keinen Anlaß mehr bot, auf jenen künstlich aufgedaunten Vorfall des Jahres 1924 zurückzukommen, plötzlich wieder in den Vordergrund eines Konflikt gerückt ist? Die einfache Tatsache, daß das badische Kultusministerium ihm den mit keinen materiellen Vorteilen verbundenen Titel eines außerordentlichen Professors verlieh, bot der völkischen Studentenschaft willkommenen Anlaß, diesen Mann anzugreifen, um in ihm das ihr verhaßte heutige republikanische System zu treffen. Dabei hat leider dieser Teil der Studentenschaft Helfershelfer im deutschen Professorenstand gefunden. Das badische Kultusministerium hatte fortwährend vor der Ernennung Gumbels die Fakultät angefragt, und es war, wie aus den im Badischen Landtag verlesenen Akten hervorgeht, von dem Dekan der Fakultät, Professor Gundolf, in Anwesenheit der Professoren Günther und Ronke, seinem Vertreter die Antwort gegeben worden: „Falls das Ministerium dem Privatdozenten Dr. Gumbel die Bezeichnung „außerordentlicher Professor“ gleichzeitig mit dem Privatdozenten Dr. Glöckner verleihen würde, so würde die Fakultät Bedenken dagegen nicht erheben.“ Daraufhin erfolgte die Ernennung Dr. Gumbels zum außerordentlichen Professor. Nach Tisch, d. h. nach den Wahlen vom 14. September, las man es plötzlich anders: Die Fakultät erklärt plötzlich, daß sie feststellen könne, daß, wenn die ganze Fakultät gefragt worden wäre, „sie vielleicht in ihrer Mehrheit Bedenken erhoben hätte“. Auf dieses „vielleicht“ stützten sich die nationalsozialistischen Studenten in ihrer neuen Kampagne, die sie mit einer Fülle von Tatsachen, rüden Ungezogenheiten und schließlich sogar mit Exzessen betrieben, so daß das badische Kultusministerium gezwungen wurde,

die bis dahin tolerierte Heidelberger Studentenkammer aufzulösen.

Man hatte in Baden gegenüber der entschiedeneren Haltung des preussischen Staats wirklich ein großes Maß von Entgegenkommen gegenüber dieser Form der studentischen Selbstverwaltung gezeigt, über deren Unzulänglichkeit schon eine einfache Ueberprüfung der Ausgabenpraxis dieses „Parlaments“ ausreichend Rechnung geben könnte. Die völkischen Studenten trieben nicht nur außerhalb und innerhalb der Hochschule ihr Unwesen, sondern sie schritten auch zu einer geradezu grotesken Volksabstimmung in den feucht-fröhlichen Kneipen Heidelbergs gegen den sozialistischen und pazifistischen Professor Gumbel, dessen Entfernung sie forderten.

Sie gingen noch weiter und richteten an den „Verband der deutschen Hochschulen“, die offizielle Organisation der deutschen Hochschullehrerschaft, ein Schreiben, das von den größten Entstellungen und Wahrheitswidrigkeiten strohte. So wurde gleich eingangs behauptet, daß die „Berufung“ des bisherigen Privatdozenten Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor unter be-

wußter Umgebung der Heidelberger Fakultät erfolgt sei. Aus den vorstehenden Ausführungen geht ausdrücklich hervor, daß die Ernennung (nicht Berufung) Prof. Gumbels mit dem Wissen der maßgeblichen Fakultätskreise erfolgt war. Ausdem wird behauptet, daß Prof. Gumbel viermal wegen Landesverrats angeklagt worden sei.

Nicht ein einziges Mal ist gegen ihn eine solche Anklage erhoben worden, und daß er nicht das ihm untersohobene Wort geprägt hat, „die deutschen Soldaten seien auf dem Felde der Unehre gefallen“, ist gleichfalls bereits erklärt worden. Die Äußerungen daher, daß

Die Arbeiterschaft am 1. Mai!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Parteigenossen, Sportler!

In diesem Jahre veranstalten die unterzeichneten Organisationen gemeinsam vormittags 10 Uhr im Lustgarten eine Demonstration. Diese gemeinsame Veranstaltung soll zum Ausdruck bringen, daß alle Organisationen miteinander eng verbunden sind und gemeinsam für die Interessen der Arbeiterschaft kämpfen. Jedes Mitglied dieser Organisationen beteiligt sich am 1. Mai an dem Aufmarsch sowie an der gemeinsamen Demonstration. Es ist Pflicht jedes einzelnen, mit dazu beizutragen, daß diese Kundgebung eine gewaltige und wuchtige wird, um der Reaktion und deren Helfershelfern zu zeigen, daß die Arbeiterschaft einig und geschlossen zu kämpfen bereit ist. Darum auf zur Demonstration am 1. Mai!

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Ortsartell Berlin.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Berlin.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Bezirksausschuß Groß-Berlin.

Bezirksverband Berlin der SPD.

Kartell für Arbeitersport und Körperpflege.

Konsumgenossenschaft am 1. Mai.

Trotzdem die gesamte private Konkurrenz der Genossenschaft am 1. Mai ihre Läden offenhält, bleiben die Verteilungstellen der Konsumgenossenschaft am 1. Mai geschlossen. Es ist jedoch Pflicht aller Genossenschaftsmitglieder, ihren Bedarf spätestens am Donnerstag, dem 30. April, zu decken. Am 1. Mai macht kein freier Gewerkschafter irgendwelche Einkäufe!

Die Krankenkassen unterhalten am 1. Mai nur einen Notbetrieb. Wir ersuchen daher alle Krankenkassenmitglieder, nur in dringenden Fällen am 1. Mai ihre Krankenkasse aufzusuchen.

Ortsausschuß Berlin des ADGB.

Ortsartell Berlin des ADGB-Bundes.

Bezirksartell Berlin des ADGB.

es sich um eine „Reinerhaltung des deutschen Professorenstandes“ und um einen „vaterländischen Kampf“ handle, sind daher Unverschämtheiten.

Wie hat der Verband deutscher Hochschulen auf dieses Schreiben reagiert? Man hätte annehmen müssen, daß der Verband deutscher Hochschulen durch seinen Vorstehenden diesen Ehrabschneidern und Hehern eine klare und würdige Abgabe erteilt hätte. Weit gefehlt: im Eingang seines vom 24. Februar datierten Schreibens, das erst jetzt das Licht der öffentlichen Kritik erblickt, begrüßt der Vorstand des Verbandes der deutschen Hochschulen selbstverständlich jede Äußerung auf das wärmste, in der die deutschen Studenten ihre vaterländische Gesinnung bekunden“. Als eine solche Äußerung wird also die Anrempelung Gumbels betrachtet! Zur Sache stellt dann der Vorstand dieses Verbandes fest, daß sich die philosophische Fakultät Heidelberg 1925 „genötigt gesehen habe, auszusprechen, daß ihr die Zugehörigkeit Dr. Gumbels zu ihr als durchaus unerfreulich erscheine“. Ueber die positiven Äußerungen bezüglich der Persönlichkeit Dr. Gumbels, die wir zitierten, kein Wort! Kein Wort auch darüber, daß die Behörden keinerlei Anlaß hatten, gegen Gumbel einzuschreiten, vielmehr die Wendung, daß „den zuständigen Behörden das damals vorliegende Material seinerzeit als nicht ausreichend erschienen“ sei, womit also gewissermaßen von dem Urteil des badischen Kultusministeriums Distanz genommen wird. Es wird dann

die bereits wiedergegebene Mehrheitsäußerung der philosophischen Fakultät, die nach den Septemberwahlen erfolgte, wiedergegeben. Sie wird dadurch entstellt, daß nicht zuerst die Stellungnahme dieser akademischen Behörde gegen die Rufstörer wiedergegeben wird, sondern daß nur der Schlusssatz, in dem der Senat gleichfalls gegen die durch das Ministerium erfolgte Ernennung Stellung nimmt. Wenn dann zum Schluß festgestellt wird, daß Fakultät und Senat in ihrer Mehrheit nicht nur die Persönlichkeit Professor Gumbels, sondern auch „seine agitatorische Tätigkeit in einer Weise beurteilt haben, der der Vorstand des Verbandes deutscher Hochschulen nur zustimmen kann“, so zeigt sich hier deutlich der Pferdeschuh der Erklärung. In dem ganzen Fall Gumbel hat lediglich die feinerzeitige Äußerung Gumbels offiziell eine Rolle gespielt. Die Herren haben sich wohl gehütet, von seiner sogenannten „agitatorischen“ Tätigkeit zu sprechen. Hier wird mit einem Male reiflos deutlich, daß es sich gar nicht im Grunde genommen um das handelt, was vor 6 oder 7 Jahren Dr. Gumbel einmal gesagt hat, sondern daß man in ihm den Friedensfreund und Sozialdemokraten, den mutigen Bekämpfer des Femeunweßens („4 Jahre Nord“), zu treffen gedenkt. Genosse Prof. Kadbruch hat darum tausendmal recht, wenn er in einem „Protest gegen einen Protest“ überschriebenen Artikel sagt: „Nicht nur gegen Gumbel richtet sich der Kampf, re richtet sich eingeständenermaßen in erster Linie

gegen das ganze System,

das sich durch Gumbels Ernennung zum Professor kennzeichnet.“

Kennzeichnend für das Verhalten des Hochschulverbandes ist, daß es gegen die Verstöße des thüringischen Ministers Dr. Fricke, sowie die Berufung Prof. Günthers gegen den Willen der Universität und der Einspruch Dr. Fricke gegen die Senats-Rektorenwahl

feinerlei Anmutsäußerung

herorgebracht hat, obwohl doch hier die Interessen der Hochschullehrerschaft und der durch die Verfassung garantierten wissenschaftlichen Freiheit ganz anders bedroht waren, als es jemals in dem Heidelberger Konflikt hätte der Fall sein können. Sollte es in diesem Semester zu neuen Exzessen an der Heidelberger Universität kommen, so fällt die ganze moralische Verantwortung auf den „Verband der deutschen Hochschulen“. Seine Verantwortung muß jetzt bereits zu Semesterbeginn festgestellt werden, und es ist damit zugleich die Frage zu verbinden, ob das Reichsministerium des Innern und die Kultusministerien der einzelnen Länder gewillt sind, aus dem Verhalten des Verbandes deutscher Hochschulen Konsequenzen zu ziehen.

Dr. Otto Friedländer.

Der Weg zur Sozialdemokratie.

KPD-Funktionär kommt zur Partei.

Dessau, 27. April. (Eigenbericht.)

Das Mitglied der Dessauer Parteileitung der KPD, Hinneburg, ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Seine Gründe gibt Hinneburg in einem längeren „Offenen Brief“ bekannt, in dem es u. a. heißt, daß die Kommunisten die Gewerkschaften zerklüftet und auf diese Weise jede Möglichkeit einer einheitlichen Arbeiterbewegung vernichtet wollten. Aus dem Briefe geht ferner hervor, daß im Bezirk Groß-Dessau, in dem die freien Gewerkschaften über rund 12000 Mitglieder verfügen, die KPD nicht mehr als 80 Personen umfaßt. Die kommunistische Partei sei in Groß-Dessau, wo die Sozialdemokratie 5500 Mitglieder zählt, einschließlich der Mitglieder aller Hilfsorganisationen 600 Mann stark. Die bei der örtlichen Revolte der nationalsozialistischen SA ausgehiebenen Leute seien sämtliche in der kommunistischen Partei gefolgt. Dort hätten sich jetzt ferner diejenigen einstelligen gegeben, die sich bisher nichts auf den Straßen verprügelt hätten.

Falsche Gerüchte über Staatssekretär Abegg. Die Meldung, der Oberpräsident von Obersachsen, Dr. Lutzschel, werde in das Ministerium des Innern berufen werden und die Nachfolgerschaft Dr. Abeggs antreten, ist, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, unzutreffend. Auch ist, wie weiter betont wird, nicht mit einem Wechsel in der Besetzung des Postens des Staatssekretärs im Ministerium des Innern zu rechnen.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Franz Altko; Wirtschaft: G. Ringelbitter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilowski; Sozial und Konflikt: Reinhardt; Anzeigen: H. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

Gelbe Raucherzähne

„Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und ungesund wurden. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont.“ B. Horst Berg. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ertrag dafür zurück.

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Billige

Soweit Vorrat!

Lebensmittel

Frisch. Fleisch

Schweinebauch	Pfund	0.64
Schweinerücken	und	0.70
	Blatt	
Rinderkamm	u. -Brust	0.76
	Pfund	
Querrippe	... Pfund	0.68
Gehacktes	... Pfund	0.75
Gulasch	0.90 Lisen	0.55
Kalbshamm	... Pfund	0.66
Kalbsbrust	u. -Rücken	0.76
	Pfund	
Kalbskotelett	... Pfund	1.40
Hammel-Vorderfl.		0.86
Fr. Bratwurst	Spezial	0.95
	Pfund	
Nierentalg	ausgelassen	1.75
	3 Pfund	
Frisch. Eisbein	ohne Spil-	0.58
	bein, Pfd.	
Rinderleber	gefr., Pfd.	1.16

Obst u. Gemüse

Amorellenbirnen	Pfd.	0.38
Tafeläpfel	kalif.	0.42 0.48
Apfelsinen	Dyd.	0.38 0.58
Zitronen	Dutzend	0.32 0.38
Blattspinat	... 2 Pfund	0.35
Salat	... großer Kopf	0.18
Junge Schoten	Pfund	0.25
Grüne Gurken	Stück	0.38
	von an	
Blumenkohl	Kopf v. an	0.32
Räucherwaren		
Bücklinge	v. Flandern	0.30
	Pfund von an	
Sprossen	Pfd.	0.35
	Kistch.	0.32
Makrelen	u. Dorschrogen	0.35
	Pfund von an	

Wurstwaren

Dampfwurst	Landlieber-	0.85
	u. Fleischw.	
Mettwurst	u. Leberwurst	1.10
	(Hausmacher)	
Leberwurst	feine	1.35
	u. Fleischwurst	
Holsteiner	Zervelat u.	1.35
	Salami, Pfund	
Käse u. Fett		
Camembert	vollfett,	0.20
	Schädel	
Harzerkäse	ed. Spitzlinge	0.48
	Käse	
Steinbuscher	vollfett, Pfd.	0.78
Holländer	u. Edamer,	0.78
	vollfett, Pfund	
Limburger	voll-	0.80
	0.46	
Margarine	u. Kokosfett	0.75
	2 Pfund	
Markenbutter	... 1.52	
Dän. Butter	... Pfund	1.58

Teewurst	1.35 grobe	1.40
Speck	feil v. an	0.68 0.95
Schinkenspeck	1.50 Stück	1.38
Gek. Schinken	gesch., 1/2 Pfd.	0.40
Konserven		
Jg. Schnittbohnen	0.44	0.35
Jg. Brechbohnen	0.54	0.39
Gemüse-Erbsen	... 0.46	
Gem. Gemüse	... 0.60	
Spargelabschnitte	... 0.60	
Junger Spinat	... 0.38	
Kaliforn. Pfirsiche	... 1.18	
Pflaumen-Konfit.	... 0.90	

Hühner gefroren	... Pfund von an	0.88
Hühner frisch	... Pfund von an	0.98
Brathühner	frisch, Pfund von an	1.20
Frische Eier	10 Stück von an	0.68
Kabeljau	ganze Fische, Pfd. von an	0.12
Kabeljau-Filet	... Pfund von an	0.20
Schellfisch	... Pfund von an	0.20
Rotbars	ohne Kopf, Pfund von an	0.20
Grüne Heringe	3 Pfd. v. an	0.36
Bratschollen	... 3 Pfd. v. an	0.50
Frisch gebr. Kaffee	eigene Rösterei	
	Pfund	1.80 2.40 2.80 3.20 3.60

Uneheliche Mutter freigesprochen

Tröstliches Ende einer Frauentragödie.

Das Schwurgericht verurteilte gegen Frau B. folgendes Urteil: „Die Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Haftbefehl wird aufgehoben.“

Wie Landgerichtsdirektor Ohnesorge ausführte, habe es das Gericht als erwiesen angesehen, daß die Angeklagte ihr Kind vorläufig im Tegeler See ertränkt habe, aber das Gericht habe die Schuldabschließungsgründe des § 51 prüfen und anwenden müssen. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts sei die freie Willensbestimmung eines Täters ausgeschlossen, wenn die Fähigkeit zur Abwägung von Anreizen zu bestimmten Handlungen und von Hemmungsvorstellungen fehle. Die Angeklagte sei ein Mensch, der es verstand, zu arbeiten und sein Geld für sich zu tragen, und der es nicht verstand, einen Ausweg aus komplizierten Situationen zu finden. Sie habe dem Leben vollkommen hilflos gegenübergestanden. Die Angeklagte und ihre Eltern dankten dem Gericht mit bewegten Worten.

In dieser schwachen, zarten Frau wurde, wie der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rudolf Olden richtig bemerkte, die Mutterliebe zum Muttersehmerz. Jahre hindurch lebte sie in höchster Spannung. Als dann das Unglück, die Arbeitslosigkeit, über sie hereinbrach, verlor sie, einer solchen Situation nicht gewachsen, völlig den Kopf. Der Vater, Mitglied des Vereins der ersten Bibelforscher — seine Briefe an die Tochter ins Gefängnis trafen nur so von Bibelsprüchen —, konnte seinen Widerwillen gegen das uneheliche Kind nicht überwinden; die Mutter meinte wiederholt, ich will das blöde Kind nicht bei mir im Hause haben. Das Krüppelheim forderte aber, ohne die besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen, von der Mutter, daß sie das Kind zu sich nehme. Was sollte sie tun? Es

zu sich nehmen bedeutete so viel, wie Elternhaus und Sohn verlassen, sich selbstständig ernähren und von den 15 Mk. Unterstützung sich und den Krüppel ernähren. Und was sollte später aus dem idiotischen Kind werden? Das Spiel mit dem Gedanken: „Wenn dieses Kind doch stirbe“, meinte der Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Beppmann, sei wohl vereinbar mit echter Mutterliebe. Es sei nicht ausgeschlossen, daß gerade in dieser Angeklagten mit ihrer Anlage zu übermäßigen Affektreaktionen die zur Tat hindringenden Motive derart mächtig geworden waren, daß in ihr eine Vorstellung von der Strafbarkeit ihrer Handlung im Augenblick der Tat nicht aufkommen konnte und daß ihr Wille vernünftigen Erwägungen nicht mehr zugänglich war. Dann käme aber für sie der § 51 in Betracht.

Die Spartaner töteten ihre lebensunfähigen Neugeborenen. Die heutige Zeit ist humaner. Man zieht sie in Asylen und Krüppelheimen groß oder befestet mit ihnen bis zur Unertügllichkeit das sonst schon von Leiden überfüllte Leben der proletarischen oder kleinbürgerlichen Mütter. Vielleicht hat das Krüppelheim in Zwickau im Rahmen seiner bürokratischen Vorschriften zu Recht gehandelt, vielleicht hätte es selbst dann nicht anders handeln können, wenn es die Folgen seiner Forderung vorausgesehen hätte. Und doch ist hier etwas nicht in Ordnung und der Fall der unglücklichen Mutter B. sollte eine Warnung sein. Professor Binding sprach einmal von Vernichtung lebensunwerten Lebens und wollte dem Staat das Recht einräumen, lebensunfähige Wesen der Vernichtung anheimfallen zu lassen. Es ist grausam, wenn der Staat eine Mutter in eine solche Lage bringt, daß sie keinen anderen Ausweg sieht, als diese Vernichtung lebensunwerten Lebens auf eigenes Risiko, entgegen den Strafgesetzen, vorzunehmen.

Bluttaten in Ostpreußen.

Wegen verlorener Prozesse.

Königsberg, 27. April.

Schwere Bluttaten wurden am Montag vormittag in Groß-Strengeln bei Angerburg verübt.

In der Wohnung des Besitzers Wicht kam es wegen eines Grundstücksverkaufs und einigen damit verbundenen Prozessen zwischen dem Besitzer Wicht und dem Bruder des Borchers Schulzig zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf Schulzig einen Revolver zog und auf Wicht und seine Frau feuerte. Wicht brach, von vier Schüssen schwer getroffen, zusammen, während Frau Wicht so schwere Verletzungen erlitt, daß sie sofort verstarb. Der Mörder begab sich auf das Feld, wo er bei seiner Ankunft den Bruder des Besitzers Wicht hatte erlegen sehen. Auch diesen tötete Schulzig auf der Stelle durch mehrere Revolverschüsse. Sodann ergriff er sein Fahrrad und flüchtete. Durch die Schüsse waren jedoch die Pferde des Besitzers Wicht schon geworden und gingen durch. Sie rasten hinter dem Mörder her, überholten ihn und rissen ihm mit seinem Fahrrad zu Boden. Schulzig wurde eine ganze Strecke weit von den Pferden mitgeschleift, erlitt aber nur eine ungeschädliche Verletzung am Hinterkopf. Er fuhr sodann mit seinem Fahrrad nach Angerburg, wo er sich auf der Polizeiwache verbinden lassen wollte. Dort wurde er verhaftet.

Bewag wird nicht verkauft!

Deutschnationale quasseln von Konkurs.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Bearbeitung und Prüfung der Verkaufsverhandlungen über die Bewag, der am Montag zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Sach zusammentrat, beschloß nach sorgfältiger Prüfung des Planes über den Verkauf der Bewag, diesen Plan abzulehnen, da er keine Grundlagen für einen Verkauf der Bewag bieten kann.

Der Beschluß des Ausschusses ist verständlich. Die eingeholten Gutachten haben übereinstimmend festgestellt, daß die angebotenen Kaufsummen dem Wert der Bewag nicht entsprechen. Fast ganz unberücksichtigt ist geblieben, daß in den nächsten Jahren ein Ausbau überhaupt nicht erforderlich wird. Versuche, für die Kaufsumme, die Konzessionsabgabe und die Tarifrückende der Stadt Verbesserungen zu erreichen, sollen bisher noch zu keinem Erfolg geführt haben.

Sämtliche Fristen des Planes, auch für die Fälligkeit des 75-Millionen-Kredits, sind, wie wir schon meldeten, inzwischen um 8 Tage hinausgeschoben worden. Die Bewag ist das wertvollste Elektroobjekt Europas. Es handelt sich um die größte Finanztransaktion, die auf dem Elektrogebiet seit Jahren durchgeführt worden ist. So ist es nicht nur natürlich, sondern auch notwendig, daß die finanzielle und technische Behandlung des Geschäftes mit aller Sorgfalt, vom Standpunkt Berlins aus mit aller Fähigkeit erfolgt.

Unschön und lässlich zugleich ist es aber, wenn ein Berliner Blatt ernsthaft berichtet, es könne nach einer deutschnationalen Bemerkung im Ausschuß ein Konkurs der Bewag in Frage kommen. In Frage steht überhaupt nur eine Geldbeschaffung für die Stadt Berlin zur Schuldentilgung, nicht aber eine Sanierung etwa der Bewag. Wäre die Bemerkung vom dem „Konkurs“ nicht so lächerlich, dann müßte man dem Blatt den schlechten Willen zur Schädigung der Position Berlins bei den jetzigen Verhandlungen unterstellen.

Ueber das Werden der Weltfeier des 1. Mai schreibt Genosse Rudolf Wissell sehr anschaulich in der neuesten Nummer des „Arbeiterfunt“.

Die Wahrheit über die Unterwelt.

Ein Rundfunkvortrag des Berliner Polizeipräsidenten.

Der Berliner Polizeipräsident, Genosse Orzeszinski, sprach gestern abend im Programm der aktuellen Abteilung der Funkstunde über das Thema „Die Unterwelt von Berlin“. Die interessanten Ausführungen werden mit zur Klärung und Aufklärung beitragen.

Der Präsident wandte sich energisch dagegen, etwa Vergleiche mit New York oder Chicago anzustellen, wie es leider wiederholt geschehen ist. Die Berliner Unterweltvereine sind keineswegs eine unserer heutigen Zeiterscheinungen. Schon lange in die Zeit vor dem Kriege gehen die Anfänge dieser Vereine zurück. Einzelne Organisationen existieren seit über vierzig Jahren. Größere Verbände sind der „Ring Groß-Berlin“ und der „Freie Bund 1928“, außerdem gibt es eine Reihe von Vereinen, die diesen Verbänden nicht angehören. Bis auf den Fall „Immerreue“ im Jahre 1929 und den Fall in der Quarnstraße sind die Ringvereine fast ausschließlich in Erscheinung getreten, wenn auch die Mitglieder der Vereine untereinander hin und wieder Handel abwickeln und sich dabei nicht gerade mit Handschuh an fassen. Interessant war die Mitteilung, daß 50 Prozent der Vereinsmitglieder Zuhälter sind, die andere Hälfte rekrutiert sich aus Borbestritten, kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftleuten, die in der Hauptstadt die Mitgliedschaft erwerben, um gegen den Terror geschützt zu sein. Wiederholt ist an die Polizei die Aufforderung ergangen, die Vereine einfach aufzulösen. Die Erfolge hat gezeigt, daß dies kaum möglich ist, denn selbst in dem Fall „Immerreue“ mußte die Aufhebungsverfügung bald wieder rückgängig gemacht werden, da der Verein den Nachweis erbrachte, daß er als solcher mit der Angelegenheit nichts zu tun hatte. In allen anderen Fällen wird es ähnlich sein, und die Polizei dürfte wohl

kaum Geheimgründungen ähnlicher Art verhindern können. Mit Recht befand der Polizeipräsident, daß dann die Überwachung der Unterweltvereine nach schwieriger, vielleicht unmöglich sei.

Besonders wandte sich der Vortragende gegen die Meldung eines Berliner Blattes, wonach nur 18 Kriminalbeamte 30 Ringvereine gegenüberstünden. Nicht nur die betreffende Dienststelle E 5, sondern die gesamte Berliner Kriminalpolizei mit ihren rund 1900 Beamten steht jederzeit bereit, gegebenenfalls gegen die 50 Ringvereine mit ihren etwa 3000 Mitgliedern in Berlin das Erforderliche zu unternehmen. Ganz abgesehen davon, daß in Berlin 14 000 uniformierte Schupo Tag und Nacht für Leben und Sicherheit sowie Eigentumschutz der Bürger sorgen.

Der Polizeipräsident schloß mit der Aufforderung an das Publikum, die Polizei bei Orzeszinski und bei der Klärung der Vergehen tatkräftiger als bisher zu unterstützen. Weiter sind die Fälle nicht selten, in denen Beschädigte ihre Anzeigen zurückzogen oder Zeugen nicht bei ihren Aussagen blieben, aus Angst vor der Rache der Unterweltvereine. Es genügt eine vertrauliche Mitteilung an die Dienststelle E 5 des Polizeipräsidenten, und dieser eigentlich selbstverständlichen Staatsbürgerpflicht sollte sich niemand im Interesse aller entziehen.

Vorderplattformtüren geöffnet.

Vom 1. Mai d. J. wird den Fahrgästen bis auf weiteres die Benutzung der Vorderplattformtüren der Trieb- und Anhängewagen zum Ein- und Aussteigen freigegeben. Der Personenwechsel erfolgt daher gleichzeitig über die hintere und vordere Plattform, wobei ein Unterschied zwischen offenen und geschlossenen Trieb- und Anhängewagen nicht gemacht wird. Die Fahrgäste werden gebeten, die Vorderplattform nach Benutzung wieder zu schließen.

diese vier guten Plätze verkürzen, die man doch an andere verkaufen konnte? Des leeren Stalles wegen?)

Dies erklärte mein Vater Mister Jock, meiner Mutter und der Schneidersfrau mit solcher Grandezza, als wieherten unsere eigenen Pferde noch im Stalle. Als ob nicht das Dromedar der „Hungerleider“, die wahrhaftig nicht zu bemitleiden waren, dort einsam grunzte. Die Schneiderin zog meine Mutter an den Zaun und flüsterte ihr ins Ohr:

„Was haben Sie denn nur? Nehmen Sie doch ruhig die Karten! Weshalb sollten Sie sie nicht nehmen? Diese Leute bemitleiden ihr Mann? Die haben ja Geld wie Heu! — Auch wir haben die Karten genommen, obwohl wir nicht gehen, aber wir verkaufen sie! Die nimmt jeder gerne, wenn man sie etwas billiger hergibt.“

„Quatschen Sie nicht so viel, solche Geschäfte mache ich nicht!“ sagte mein Vater zur Schneiderin. Jetzt aber begann Mister Jock:

„Aber... aber... aber... gefällig der Bisselt. Der Herr Direktor böß auf mich, mein Herr, wenn Vorstellung nicht gefällt Ihnen!“

„Natürlich hat sie uns gefallen, es war sehr schön“, sagte mein Vater lachend, „aber einmal war genug, wir danken schön... danke... danke...“

Meine Schwester und ich waren angsterfüllt und verzweifelt durch die Unausstehlichkeit meines Vaters.

„Aber... aber... aber...“, beharrte zu unserem Glück Mister Jock, „mein Herr... also gut, und Frau Gnädige einmal gesehen Vorstellung... genug! Aber... kleine Fräulein?“ und, auf meine Schwester zeigend, bemerkte er mich, „aha, aha... Servus, Fräulein!“ sagte er zu mir und gab mir die Hand. Ich schlug eht ungarisch ein und er wandte sich wieder meinem Vater zu:

„So, mein Herr, hier kleiner lieber Jung, ihr gefällt Vorstellung auch gestern, auch heute, auch morgen! Nicht wahr, kleiner Herr, kleines Fräulein?“

Er umarmte meine kleine Schwester, die sich verhiemt an Mitters Rockfalte klammernde.

„Gut“, sagte mein Vater zu uns, eigentlich mehr an die Mutter gewandt, „allein können sie ja doch nicht gehen. Es war auch für sie schon genug, sie haben es ja auch gesehen!“

„Aber... aber... aber...“, beharrte zu unserem Glück Mister Jock nochmals auf unser Kommen.

„Abend nicht finster, wenn Vorstellung langt an und nach Vorstellung ich werde kommen zu Haus mit zwei Kinder! Is recht so, kleines Freund?“ sprach er zu uns gewandt.



Roman aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch.

Dieser kleine tollkühne Held, dieser König der Lüfte, den vornehme Damen und Herren, die goldene Ketten über dem Bauch trugen, feierten und verhatschelten! Betrübte ich dies ein. Auf dem Heimweg besah ich mein Vater noch ganz erregt mit der unerhörten Kühnheit der Künstler. Meine Mutter jammerte darüber, wie sie das Herz haben konnten, Frau Griselde in diesem Zustande, mit einem Kindschen unter dem Herzen, durch die Luft fliegen zu lassen.

Diese Dinge begriffen wir, meine Schwester und ich, nur zur Hälfte.

Aber wenn es auch aussichtslos erschien, Freddy's Freundschaft zu erringen, gewann ich mir doch einen Freund unter den Gaukern. Mister Jock. Das war mein Mann! Nicht nur wegen seiner Scherze, die er mit dem Affen und dem Dromedar ausführte, nicht nur wegen der Sympathie, die ich ihm als Kollege im Clownfache entgegenbrachte, sondern hauptsächlich seiner Freundlichkeit wegen. Er wurde mein erster Freund in der Künstlerwelt, mein erster wahrer Wohltäter. Tags darauf mußte ich natürlich mit meinem kranken Fuß zur Schule gehen, weil ich am Vorabend im Zirkus war.

Nun, ich hinkte auf dem Wege zur Schule mehr als nötig! Beim Heimkommen fand ich Mister Jock, am Zaune lehnd, wo er sich mit Vater und Mutter unterhielt. Meine Schwester stand daneben. Die Schneidersfrau warf über den Zaun hin und da ein Wort dazwischen. Ich stellte mich auch neben meine Schwester.

Mister Jock wollte uns eben die vier Karten für die Abendvorstellung überreichen. Mein Vater, wie es so seine Art war, lehnte wieder den großen Herrn hervor und wollte die Karten von Mister Jock nicht annehmen.

„Wir haben uns doch die Vorstellung gestern abend angesehen, ein zweites Mal gehen wir nicht mehr!“

„Warum sollte man die Einnahmen der Gesellschaft um

„Also, kleines Fräulein, sagen zu lieber guter Vater, nicht fürchten, bitte erlauben zu gehen mich und Bruder in Hippodrom!“

Ein braver Mensch, ein lieber Mensch, dieser Mister Jock. Er ließ nicht locker, oh mein Vater und meine Mutter versprachen, uns gehen zu lassen. Dann überreichte Mister Jock meiner Schwester und mir eigenhändig die Karten.

Mein Vater liebte es, vor Gästen einestells den Herrenmenschen, anderenteils den liebevollen und besorgten Vater hervorzuführen. Das war auch damals vor Mister Jock unser Glück.

Diese seine Stimmung wirkte sich sogar noch nachträglich aus. Denn bei Tisch nannte er mich gemäßigter einen Mistfresser, als ich in meiner Zerknirschtheit am Boden des Tellers kratzte. Sonst hätte er mich deshalb zumindest geohrfeigt.

Neuntes Kapitel.

erzählt von vielen Unterhaltungen und Aufsartteilen, aber noch immer nicht von der Erfüllung des Herzenswunsches unseres Helden, die Freundschaft dessen zu erringen, nach dem sein Herz sich sehnt.

In der ganzen Stadt gab es an diesem Abend nicht zwei glücklichere Geschöpfe als meine Schwester und mich.

Vater und Mutter erlaubten uns, nach vielen heilsamen Ermahnungen, ins Hippodrom zu gehen.

Dort schlüpfen wir wieder auf den ersten Platz. Und zu unserer größten Freude und Stolz blieb Mister Jock während des Abkommens bei uns stehen. Er sagte, wir sollten nach der Pantomime in die Garderobe kommen. Er werde uns nach Hause bringen, wie er es den Eltern versprochen hatte.

Nach der Vorstellung drängten wir uns durch den herausflutenden Strom der Besucher zur Garderobe. Hier machten wir vor einem gestreiften Leintuch wie vor dem Vorhang eines Heiligtums halt. Einmal guckten wir hinein. Die Künstler zogen sich dort um und plauderten miteinander, aber Mister Jock konnten wir nicht entdecken. Wir getrauten uns nicht einzutreten und blieben ratlos stehen.

Das Hippodrom hatte sich gelsert, der Diener löschte schon die Lampen aus mit Ausnahme jener, die in der Nähe der Garderobe brannten. Wir erschrakten jedesmal, wenn einer der Künstler heraustrat, etwas brachte oder holte. Signore Robell, im Strohanzug, führte seine zwei Pferde an uns vorbei. Dann gingen die Signorinas schwäwend nach Hause. Auch Freddy und seine Mutter kamen vorbei.

(Fortsetzung folgt.)

Großstadtmenschen am Morgen

Es ist früh am Morgen. Hell scheint die Sonne durch die weiten Fenster des Raums, in dem ich zusammen mit noch etwa vierzig Menschen mich befinde. Es ist ein langgestreckter Raum, der in der Zweckmäßigkeit seiner Einfachheit einen angenehmen Eindruck macht und daher eigentlich erheitert auf die Stimmung der Leute wirken dürfte. Ihr Verhalten aber ist ganz sonderbar, ganz auffällig; wenigstens mir fällt es auf. Die andern empfinden wahrscheinlich gar nicht dieses aller Gewohnheit und Regel widersprechende Verhalten.

Wenn vierzig Menschen auch nur ganz kurze Zeit zusammen sind, dann ergibt sich von selbst eine gewisse Gemeinschaft, und es pflegt recht lebhaft herzzugehen. Hier aber spricht keiner ein Wort, keiner sieht hinaus auf das abwechslungsreiche Bild der Landschaft; manche lesen, die meisten aber blicken starr vor sich hin, nachdenklich und traurig, und besonders einige junge Leute sehen noch ganz verschlafen aus. Von Zeit zu Zeit wird die Tür geöffnet. Man sieht nicht nach den Neuangekommenen hin; sie treten ein, ohne ein Wort des Grußes, ohne den Hut abzunehmen, setzen sich, wo gerade Platz ist und fragen nicht erst den Nachbar, ob es gestattet sei. Warum auch? Der Nachbar merkt vielleicht gar nicht, daß sich jemand neben ihn setzt. Denn das ist eben das Wertwürdige, was mir bei diesen Menschen hier am frühen Morgen auffällt, daß ein jeder so ganz in sich zurückgezogen ist, teilnahmslos und gleichgültig gegen seine Umgebung. Sie gleichen Blättern, die der Wind zufällig zusammengeweht hat und die er im nächsten Augenblick wieder zerstreut. Und so ist es. Pflöcklich erhebt sich alles, drängt zur Tür und eilt hinaus.

Das ist ja ein merkwürdiges Erlebnis, höre ich den Leser sagen. Nun, es ist durchaus alltäglich. Ich erlebe dies jeden Morgen in der Stadtbahn.

Freiherr als Betrüger.

Was aus einem russischen Offizier geworden ist.

Vor dem Schöffengericht des Schöffengerichts Schöneberg drängen sich 30 Zeugen. Auf der Anklagebank sitzt ein Herr von Blum, der sich Freiherr zu Holstein nennt und neben ihm zwei seiner Komplizen, gleichfalls vielfach vorbestraft, ein Kaufmann Graf und ein „Journalist“ Messer, die die kleinen Leute, die sich vor der Eingangstür zum Gerichtssaal drängen, um ihre Ersparnisse gebracht haben.

Er war auf einem Gute in der Nähe von Moskau als Sohn eines russischen Generals geboren, schlug gleichfalls die Militärlaufbahn ein, wurde im Weltkrieg zum Oberleutnant befördert, nahm nach den Bolschewistenrevolutionen auf der Seite der Weißen am Bürgerkrieg teil, dann schloß er sich den deutschen Offiziersgruppen an. Herr von Blum beteiligte sich am Niedermerten des Spartakusputsches, später am Schlesiens Grenzschutz und will noch in den letzten Jahren von den Kommunisten verfolgt worden sein. Während der vielen Kämpfe, die er mitgemacht hat, soll er das legte mal verwundet worden sein, sein rechter Arm ist verkrüppelt. Auf die schiefe Ebene kam Freiherr von Blum bereits im Jahre 1923. Sein Strafregister zeigt acht Vorstrafen wegen Betruges. Das letzte Mal verließ er das Gefängnis im Jahre 1928, er verlor, wie er behauptet, sich durch redliche Arbeit durchzuschlagen, hat auch seinen neunjährigen Jungen — die Mutter des unehelichen Kindes ist tot — bei sich, war gerade dabei, sich mit der Tochter eines Stetigler Gastwirts zu verloben, als er angeblich von Kommunisten überfallen und schwer verletzt wurde. Nach Verlassen des Krankenhauses hielt er sich die erste Zeit über Wasser, indem er bei den Wohlfahrtsämtern unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Unterstützungen erschwand, sodann nahm er wieder seine Betrügereien auf. Diesmal in Gemeinschaft mit dem Angeklagten Graf, den er im Gefängnis kennen gelernt hatte. Herr von Blum bediente sich bei seinen Kautionsgeschwindeln in der Regel immer derselben Methode: er gründete in verschiedenen Städten Scheinfirmen und warb durch Zeitungsinserate Angestellte. Im Februar 1930 suchte er Görlich heim, mietete hier zwei Räume, stellte eine Sekretärin an und suchte durch Zeitungsinserate für sein Kreditbüro Kaffierer mit Kauttionen in Höhe von 500 bis 1000 Mark. Drei Bewerber fielen auf den Schwindler herein. Im September taucht Herr von Blum in Hannover auf. Diesmal heißt seine Firma Freiherr von Blum zu Holstein, Diplomingenieur, An- und Verkauf von Grundstücks-hypotheken, Geschäfte auf eigene Rechnung, Import und Export. Diesen Ausdruck führen auch seine Geschäftspapiere. Er sucht Vertrauenspersonen und Büroboten für Dauerposten und erschwand zusammen mit Graf, der die Rolle des Bürovorstehers spielt, von neun Personen 2250 Mark.

Es folgten ähnliche Betrügereien in Breslau und in Berlin. Immer wurden Firmen gegründet, stets fanden sich Leute,

Falsche Erziehungsmethode.

Ein Vater wegen Kindesmißhandlung unter Anklage.

Der kleine W. ist ein vorzügliches Kind; durch die Ehe der Eltern wurde er legitimiert. Seine Entwicklung verlief normal, nur eine schwere englische Krankheit hielt sein Wachstum zurück, er blieb klein und zart. Als er zur Schule kam, begann seine Erziehung Schwierigkeiten zu machen.

Holte er für die Mutter ein, so vernachlässigte er die paar Groschen. Hin und wieder entwendete er auch Geringfügiges beim Kaufmann. Als einziges Kind sah er sich daheim einsam. Auf den Hof durfte er nur selten. So kam er auf dumme Gedanken: er riß die Tapete ab, zertrugte die neuen Betten mit einem Nagel, zündete auf dem Fußboden der Küche ein Feuer an und goß Wasser darauf. Der Vater griff zum Rohrstoß, es gab auch manchmal ein paar Ohrfeigen. Der Junge schrie, daß es überall zu hören war. Die Nachbarn munkelten von Kindesmißhandlung. Als Mutter und Vater sich gar nicht mehr zu helfen wußten, gingen sie zum Rektor. Dieser tröstete sie. Der Knabe sei ein zwar sehr lebhafter, aber sonst netter, geheimer kleiner Kerl. Es würde sich schon geben. Als einziges Kind brauche er einen guten Kameraden. Es läge kein Grund vor, ihn in die Klasse der schwer erziehbaren Kinder zu stellen. Der Arzt bezeichnete den Kleinen als Psychopathen. Die Mutter wiederholte ihre Besuche beim Rektor, im ganzen etwa achtmal. Jüchtigte die Mutter zu Hause den Knaben, so trat er sie mit Füßen. Würde das Kind geprügelt, so schrie es, was es nur schreien konnte. Die fränke Mutter hatte bereits die Geduld verloren. Die Nachbarn wurden durch das viele Schreien bei den Jüchtigungen des Kindes auffällig, sie zählten die Striemen am Körper des Jungen. Ein Mieter, der beim Wohlfahrtsamt

beschäftigt war, erstattete Anzeige beim Jugendamt. Als der Knabe dann ins Waisenhaus kam, meinte der Vater: „Gut, daß der Willi wegkommt, dann brauche ich ihn nicht erst totzuschlagen.“ Und die Mutter sagte: „Ich bin zufrieden, daß ich das Kas los werde.“

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte veranwortete sich jetzt der Vater, ein etwa 35jähriger Kraftwagenführer, wegen grausamer körperlicher Mißhandlung. Er schilderte, wie schwer es ihm geworden sei, mit dem Knaben fertig zu werden, welche Sorge er mit ihm gehabt und wie er Rektor und Lehrer vergeblich um Rat und Hilfe gebeten habe. Die Behauptungen der Nachbarn bezeichnete er als Klatsch und Tratsch. Rektor und Lehrer bestätigten, wie schwer der Knabe zu behandeln gewesen sei. Von dem, was der Junge vorbrachte, schien manches übertrieben. Man hatte den Eindruck, daß der Vater den schwer erziehbaren Kleinen Burden zwar falsch angefaßt, daß er von seinem Jüchtigungsrecht in einer übertriebenen, ja rohen Weise Gebrauch gemacht, aber stets das Wohl seines Kindes im Auge gehabt hätte. Das Gericht entsprach deshalb nicht dem Antrag des Staatsanwalts auf vier Monate Gefängnis wegen grausamer Mißhandlung, sondern sprach den Vater frei.

Bestimmt hat der Vater falsch gehandelt. Trotzdem hätte die Strafanzeige in diesem Falle lieber unterbleiben sollen. Das Jugendamt hätte richtiger getan, wenn es sich mit einer Ermüdung im Interesse des Knaben begnügt und von einer Strafanzeige abgesehen hätte, und zwar im Interesse des Knaben selbst, der nun über Mutter und Vater von der Polizei und Untersuchungsrichter vorkommen werden mußte.

Lustmord bei Bremervörde.

Er mordung eines sechsjährigen Kindes.

Bremervörde, 27. April.

Die sechsjährige Tochter des Gastwirts Bud in Hejedorf bei Bremervörde, die seit gestern früh vermißt wurde, fand man heute morgen auf dem väterlichen Grundstück hinter der Scheune mit durchschnittenem Kehle. Alle Anzeichen deuten auf einen Lustmord. Eine Schleisspur läßt erkennen, daß die Leiche in der Nacht zum Montag vom Tatort zur Fundstelle geschafft worden sein muß. Die Ermittlungen sind im Gange.

Nehmt Rücksicht am 1. Mai!

Auch viele Beamte möchten gerne missfeiern.

Wir entnehmen der Zuschrift eines Genossen folgende beachtliche Mahnung zum 1. Mai:

Bei verschiedenen Behörden kann der Betrieb am 1. Mai nicht ganz stillgelegt werden. Doch auch bei den Beamten und Angestellten der Behörden sind viele, die gern missfeiern möchten. Leider sind es aber oft gerade unsere Genossen, die, weil sie am 1. Mai nicht arbeiten, diesen Tag benutzen, um die Rathhäuser, Steuerbehörde, Kriegsfürsorge, Wohlfahrtsamt, Baupolizei usw. aufzusuchen. Besonders habe ich im vorigen Jahr sehen müssen, daß unsere Genossen, aber noch mehr SPD-Leute, mit roten Ketten die Behörden mit Kleinigkeiten belästigten. Besonders haben unsere Gegner bei den Behörden darüber gelacht.

Ein Abteilungsleiter, den wir gebeten haben, am 1. Mai alle feiern zu lassen, konnte uns am anderen Tage zeigen, daß der Ansturm gerade am 1. Mai dreimal so groß war wie an gewöhnlichen Tagen.

Dieser Wunsch des parteigenösslichen Beamten verdient weitgehende Berücksichtigung.

die mit ihren Kauttionen hereinfielen. Herr von Blum hat unter Vorpiegelung falscher Tatsachen durch ein Gesuch an den Reichspräsidenten v. Hindenburg eine geringe Summe erschwand. Er gibt sämtliche ihm belastenden Taten zu.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten von Blum zu zweieinhalb Jahren Gefängnis, den Angeklagten Graf zu anderthalb Jahren Zuchthaus und sprach den Angeklagten Messer frei.

Im Spiel Selbstmord begangen.

14-jähriger Knabe erhängt sich am Fensterkreuz.

Leipzig, 27. April.

Eine Leipziger Familie ist von einem schweren Unglücksfall betroffen worden. Als die Angehörigen der Familie abends nach Hause kamen, wollte der 14-jährige Sohn Erhängen vor-täuschen, indem er sich einen Strick um den Hals legte und sich am Fensterkreuz aufhängte. Als die Angehörigen in die Wohnung hineingekommen waren, hing er bereits als Leiche am Fenster. Wiederlebungsversuche waren ohne Erfolg.

Dr. Lohmann operiert.

Der Presschef der Stadt Berlin, Vortagsabgeordneter Genosse Dr. Richard Lohmann, hat sich gestern einer schwierigen Operation unterziehen müssen.

Es handelt sich um eine eitrige Entzündung des Blinddarmes, der entfernt werden mußte. Die Operation, die in der Klinik Dr. Borchardts vorgenommen wurde, gestaltete sich äußerst schwierig, weil der Krankheitsherd bereits stark in Eiterung übergegangen war. Die Operation kann als glänzend angesehen werden. Der Patient ist auch fast ohne Fieber. Trotzdem betrachten die Ärzte den Zustand des Kranken als außerordentlich ernst, weil eitrige Stoffe in die Bauchhöhle getreten sind. Wir wollen hoffen, daß es zu keiner Katastrophe kommt.

25-jähriges Jubiläum der Berthold-Otto-Schule.

In diesen Tagen konnte die Berthold-Otto-Schule in Lichterfelde, Halbeinstr. 21, auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Ende April 1906 hat ihr nun 73-jähriger Begründer mit der ersten freien Gesamtunterrichtsstunde die Schule eröffnet, die durch die 25 Jahre nicht nur ihre Daseinsberechtigung erwiesen hat, sondern anregend und wegweisend auch der Schulreformbewegung geworden ist. Von Schülern der Schule wurde in sehr feiner und eindrucksvoller Weise „Das Postamt“ von Rabindranath Tagore gespielt.



Sparsamkeit! Sparsamkeit!
Heißt die Losung unserer Zeit,
Doch entscheidend ist die Art,
Wie und wo und was man spart.
Heut' auch kann die Frau fürwahr
Sparen, mit Gewinn sogar,
Wenn sie . . .

wozu alles rät —
Immer bäckt und kocht und brät
mit „Sanella“, der nahrhaften,
ausgiebigen, feinschmeckenden
und billigen Margarine.

Sanella
MARGARINE

DIE FEINE
PREISWERT
WIE KEINE

35^g
das 1/2 Pfund

Zweite Lohnabbauwelle?

Reichsarbeitsminister und Reichsarbeitsministerium.

Und wird geschrieben: Zu einem Skandal ersten Ranges scheint sich der Lohn- und Manteltarifstreit im Berliner Schwer- und Leichtfuhrergewerbe auszuweiten und zwar infolge der Haltung des Reichsarbeitsministeriums.

Am 21. Januar ist für das Berliner Schwer- und Leichtfuhrergewerbe ein Schiedsspruch gefällt worden, der vom Schlichter für verbindlich erklärt wurde. Die Berliner Fuhrherrninnung stellte beim Reichsarbeitsministerium den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des neuen Lohnarbeits. Der Gesamtverband als Tarifpartner, der früher oftmals von sich aus den Antrag gestellt hatte, verhielt sich diesmal dem Antrag der Unternehmer gegenüber passiv, jedoch nicht ablehnend.

Von einigen größeren Betrieben des Berliner Fuhrergewerbes wurde dem Antrag der Fuhrherrninnung aber widersprochen, mit dem Erfolg, daß das Reichsarbeitsministerium die Allgemeinverbindlichkeitsklärung ablehnte. Nach seiner Auffassung hat der durch die Verbindlichkeitsklärung zustandgekommene Lohnarbeits zwischen der Berliner Fuhrherrninnung und dem Gesamtverband nicht die überragende Bedeutung im Berliner Schwer- und Leichtfuhrergewerbe, die die Voraussetzung für die Allgemeinverbindlichkeitsklärung ist.

Diese Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ist an sich noch nicht so sehr verwunderlich. Es war aber sonderbar, daß zu den Verhandlungen über den Antrag der Fuhrherrninnung nur die Fuhrherrninnung und ihre Antraggegner, aber nicht die Gewerkschaften geladen wurden!

Der erst am 21. Januar abgeschlossene Lohnarbeits, der eine Kürzung der Tariflöhne um 8 1/2 Proz. brachte, ist von der Fuhrherrninnung bereits wieder zum 30. April gekündigt worden, desgleichen auch der Manteltarif zum 30. März. Die Fuhrherrninnung sträubt sich ganz energisch, mit dem Gesamtverband überhaupt noch Tarifverträge abzuschließen. Und in diesem Widerstand ist sie durch das Reichsarbeitsministerium bestärkt worden, wie in den bisherigen Partei- und Schlichtungsverhandlungen von dem Obermeister der Innung Tilgner unumwunden erklärt worden ist. Herr Tilgner erklärte,

daß bei den eingangs geschilderten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium vom Vertreter des Reichsarbeitsministers Raikbrenner gesagt worden sei, die Allgemeinverbindlichkeit könne schon deshalb nicht ausgesprochen werden, weil die Löhne im Berliner Transportgewerbe noch zu hoch seien!

In dem Schreiben an den Gesamtverband war von dieser Begründung allerdings nichts enthalten. Die Verhandlungstaktik der Vorstandsmitglieder der Fuhrherrninnung läßt aber darauf schließen, daß eine derartige Äußerung von dem Vertreter des Reichsarbeitsministers gemacht worden ist.

Wie ist eine solche Äußerung vereinbar mit der Pflicht, den Parteien behilflich zu sein beim Abschluß von Tarifverträgen? Und wie ist eine derartige Äußerung vereinbar mit der Absicht des Reichsarbeitsministers, einer zweiten Lohnabbauwelle sich zu widersetzen? Oder gibt es im Reichsarbeitsministerium neben der Politik des Ministers eine dieser entgegengesetzte der Beamten?

Diese Fragen bedürfen der Klärung. Wir fragen also: 1. Warum hat man bei der Verhandlung über den Antrag der Fuhrherrninnung den Gesamtverband ausgeschlossen? 2. Ist die Allgemeinverbindlichkeit abgelehnt worden, weil ein Lohnabbau von 8 1/2 Proz. nicht als ausreichend erachtet wird?

Zweite Lohnabbauwelle setzt ein!

In der westdeutschen Kanalschiffahrt.

Dortmund, 27. April.

In dem Lohn- bzw. Gehaltsstreit in der Westdeutschen Kanalschiffahrt wurde heute unter dem Vorsitz eines für diesen Streitfall bestellten Sonderlichters folgender Schiedsspruch gefällt: Die Gehalts- und Lohnsätze laut Schiedsspruch vom 24. November 1930 ermäßigen sich mit Wirkung ab 25. April 1931 a) für Kapitäne, Schiffsführer und Maschinisten um 4 Proz., b) für Matrosen, Heizer und Schiffsjungen um 3 Proz. Die Neuregelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig am 31. Oktober 1931 gekündigt werden.

Die Stimme der Bergarbeiter.

Handelt, ehe es zu spät ist!

Am Montag trat in Bochum die Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes zusammen.

Der Volksvert des Verbandes, Dr. Berger, erstattete einen Wirtschaftsblick. Als Hauptausweg aus der Krise empfahl er die Einführung der gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche und unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Neueinstellung von Arbeitskräften im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung. In seinem Gewerbespiegel drängten die nationalen und internationalen Verhältnisse mehr zu einer Arbeitszeitverkürzung als im Bergbau. In den bevorstehenden Genfer Verhandlungen müsse versucht werden, dem Abkommensentwurf ein fortschrittliches Gesicht zu geben. Vor einer weiteren Protoerzeugung müsse aufs ernste gewarnt werden. Dem Unheil müsse durch Beschränkung der Arbeitszeit gesteuert werden,

solange es noch geht.

Noch ehe es! Die Arbeiterschaft, soweit sie noch im Betriebe stehe, sei bereit, all ihre Kräfte mit einzusetzen, damit das rettende Ufer erreicht werde.

Marimöller vom Vorstand erörterte Lohn und Arbeitszeit. Die Argumentation der Unternehmer, die Arbeitslosigkeit könne nur durch Mehrarbeit, d. h. durch längere Arbeitszeit überwunden werden, scheiterte an der Weltmarktlage. Für die Gewerkschaften erwache deshalb die Aufgabe, alles daran zu setzen, um zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zu kommen. Mit Hilfe der Reichsregierung seien in sämtlichen Bergrevieren mit Ausnahme des Kalibergebirges die Löhne um 5 bis 7 Prozent gekürzt worden. Die Lohnsenkung bringe in den Hauptkohlenrevieren einen Lohnausfall von jährlich 50 Millionen Mark, für das Ruhrgebiet allein rund 37 Millionen. Dazu kämen die Freischichten, die im Ruhrgebiet pro Monat allein 8,5 Millionen Mark Lohnausfall bedeuten. Mit Lohnsenkung hätten Unternehmer und Regierung den Absatz steigern wollen; der Absatz sei aber weiter zurückgegangen. Trotzdem werde ein weiterer Lohnabbau gefordert. Der Vorstand des Ruhrgebietverbandes habe soden erst erklärt, Lohnsenkung bei gleichbleibendem Kohlenpreis sei notwendig, um die Kapitalbildung zu ermöglichen; denn in Deutschland sei alles, was seit 1918 produziert worden sei, verteilt und konsumiert worden!

Demgegenüber stehe die Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung, wonach die innerdeutsche Kapitalbildung von 1924 bis 1928 etwa 37 bis 38 Milliarden ausmache. Bei einem Einkommensverlust von monatlich 42 Mark oder 18 Prozent für einen Bergarbeiter im Durchschnitt und bei einem

Gesamteinkommensverlust aus Arbeitszeit und Kurzarbeit im Jahre 1930 von mindestens 3,5 bis 4 Milliarden Mark

musse eine weitere Lohnsenkung die Krise verschärfen und die Kapitalbildung erschweren. Marimöller wies mit Nachdruck darauf hin, daß im Bergbau neue Kämpfe im Anzug seien. Es sei damit zu rechnen, daß in zwei bis drei Monaten die Lohnarbeits gekündigt werden. Die Organisation werde ihre letzte Kraft einsetzen, um eine neue Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter abzuwehren.

Das Ergebnis der Beratungen des ersten Konferenztages fand seine Zusammenfassung in einer einstimmig angenommenen Entschlieung. Darin stellt sich die Konferenz entschlossen hinter die vom RDB erhobene Forderung nach Einführung einer gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche. Sie verlangt, daß bei den in Aussicht genommenen Arbeitszeitregelungen die besonders schwere und gefährliche Lage der Bergarbeiter eine entsprechende Berücksichtigung findet. Von der Reichsregierung erwartet sie ferner, daß für die Genfer Beratungen die amtlichen Vertreter angemessen werden, für eine weitgehende Schlichtungsverkürzung im Stein- und Braunkohlenbergbau unter und über Tag einzutreten. In der Frage der Krisenmilderung verweist die Konferenz auf die sehr erheblichen Ersparnismöglichkeiten, die durch

Senkung der Kapitalkosten für die unbeschäftigte und überzählige Produktionskapazität im Bergbau sowie durch Verminderung der internationalen Kampfkosten bei internationaler Produktion und Absatzregelung herbeizuführen wären. Abermalige Lohnkürzungen dagegen müßten die Wirtschaftskrise von neuem verschärfen.

Der Streik der Rohrleger und Klempner

Die Führung bleibt beim DMB.

Im Streik der Berliner Rohrleger und Klempner ist am Montag eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Es haben sich gestern noch einige kleinere Betriebe mit etwa 50 Beschäftigten der Abwehrbewegung angeschlossen, von denen erst am Sonnabend dem Metallarbeiterverband die Ergebnisse der Streikabstimmung übermittelt worden ist.

Infolge der mustergültigen Disziplin der Streikenden ist es auch am Montag nirgendwo zu Zwischenfällen gekommen. Die „Führung“ der im kommunistischen „Einheitsverband“ für das Baugewerbe organisierten Rohrleger, die den Streikbeginn gründlich verschlafen hat und erst am Sonntag von ihren Mitgliedern die „entscheidenden“ Beschlüsse fassen ließ, bemüht sich vergeblich, auch zum Zuge zu kommen. Die in ihrer großen Mehrheit freigewerkschaftlich organisierten Rohrleger und Klempner kümmern sich nicht um die Aufforderung der RDB, gemeinsame betriebliche Streikleitungen mit den kommunistischen Sonderbündlern zu bilden. Die Führung des Streiks sowohl durch die Zentralstreikleitung als durch die einzelnen Betriebsstreikleitungen liegt fest in freigewerkschaftlichen Händen.

Am Montag wurde die Zentralstreikleitung wieder von vielen Firmen bekräftigt, die sich im Falle der sofortigen Arbeitsaufnahme dieser Arbeiter bereit erklärten, die bisherigen Tariflöhne bis zur endgültigen Regelung des Lohnkonflikts weiterzuzahlen. Von der Zentralstreikleitung sind diese Anträge genau wie am Sonnabend zurückgewiesen worden. Die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Arbeit wurde lediglich der Belegschaft einer kleineren Firma erteilt, die sich schriftlich verpflichtet hat, die alten Löhne bis zum 1. Oktober zu zahlen.

Am Mittwochvormittag 10 Uhr hält die Zentralstreikleitung gemeinsam mit den Betriebsstreikleitungen eine wichtige Besprechung ab, und zwar im Sitzungssaal der mittleren Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83/85. Als Ausweis dient die Streikkarte und das Mitgliedsbuch der freien Gewerkschaft, der das Mitglied der Streikleitung angehört.

Agrarier gegen Sozialpolitik.

Sturm auf das Nachtbrotverbot.

Der Reichslandbund hat nicht nur weitere Zollerhöhungen auf lebenswichtige Artikel, sondern auch sofortige Beseitigung des Nachtbrotverbots gefordert. Zu dieser Forderung überrascht ganz besonders die Dämmerlichkeit der Begründung. Der Reichslandbund kommt in seiner Beweisführung der Deffensivität mit den ältesten Lohndiktatoren. Er behauptet z. B., daß durch das Nachtbrotverbot eine Verschlechterung der Brotqualität und dadurch ein Rückgang des Brotkonsums eingetreten sei.

Dieser Unsinn ist längst von den Fachleuten erledigt worden. Warum der Roggenbrotkonsum zurückging, ist auch den Landwirten klar. Nicht nur in Deutschland, sondern in allen Industriestaaten ist dieser Rückgang festzustellen. Noch 1840 betrug in Frankreich die Roggenernte etwa halb so viel wie die Weizenernte. Heute ist sie ganz unbedeutend geworden, da Frankreich zum typischen Weizenverbrauchsland wurde. Die gleiche Erscheinung kam in England beobachtet werden, und auch in Deutschland, wo früher Roggen noch das ausschließliche Brotgetreide war, ist der Rückgang des Roggenbrotkonsums nicht aufzuhalten.

Um die Deffensivität für die geforderten Zollerhöhungen einzufangen, will man ihr einreden, bei Nachtarbeit könne das Brot billiger werden. Die Bäckereiarbeiter bedauern sich aber dafür, daß

die Viertelmillion Menschen, die im Bäckergewerbe beschäftigt ist, in das Elend ständiger Nachtarbeit hinabgestoßen wird — nur damit die Agrarier ihre Ware zu noch höheren Preisen absetzen können.

Es geht in Wirklichkeit nicht nur um die Bäckereiarbeiter, sondern um den Arbeiterschutz überhaupt. Wenn ausgerechnet die Agrarier den Angriff gegen den Arbeiterschutz einleiten, so wirkt das angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterschaft im Laufe der letzten Jahre zur Stützung der Landwirtschaft größte Opferbereitschaft gezeigt hat, auch in diesen an Widerwärtigkeiten und Bitterkeiten so reichen Tagen ganz besonders widerwärtig.

RDB: Pech bei Zwietusch.

Revolutionäre verschaffen Nazis einen Sitz.

Die Liste der RDB mußte als ungültig erklärt werden. Von den sechs Frauen, die auf dieser Liste standen, davon zwei als Listenführerinnen, zogen fünf ihre Kandidatur zurück, als der Wahlvorstand ihre eigenhändige Unterschrift forderte. Auch im vorigen Jahre mußte die kommunistische Liste als unvollständig abgewiesen werden, so daß sich eine Wahl erübrigte. Von den 1499 Stimmen bekam die freigewerkschaftliche Liste 1220 Stimmen und die der „nationalen Opposition“, Nazis und Stahlhelm, 109 Stimmen. Unter den 170 ungültigen Stimmen befanden sich 89 RDB-Stimmen. Wären diese 89 Stimmen gegen die Nazis abgegeben worden, dann könnten diese nicht den Sitz im Arbeiterrat bekommen, den sie jetzt bekommen haben neben den elf freigewerkschaftlichen Sitzen. Von den 400 Angestelltenstimmen erhielt die freigewerkschaftliche Liste 297, der Gedag 191 (ungültig 2). Die freigewerkschaftlichen Angestellten haben ihre fünf Sitze behalten, die übrigen haben drei statt vier bekommen. Den Betriebsrat bilden 12 Freigewerkschafter, wovon zwei Angestellte, außerdem ein Angestellter der Gegenliste.

Kann die RDB, auch selber nichts verrichten, so kann sie aber den Gewerkschaften Knüttel zwischen die Beine werfen, und darauf kommt es ihr an, selbst wenn sie den „Nationalen“ damit in den Sattel helfen muß.

Tarifanspruch der Vertreter.

Nicht Elektrogroßhandel, sondern Einzelhandel.

Zu unserem in der Abendausgabe vom 21. April über die Verhandlung beim Reichsarbeitsgericht am 18. April in der Revision der Firma Hoover G. m. b. H. wird uns von dem Vertreter der Angestellten, Rechtsanwalt Ewald Friedländer, mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsgericht den Berliner Einzelhandels-tarif, nicht den Tarif im Elektrogroßhandel für anwendbar erklärt hat. Das Reichsarbeitsgericht hat die frühere Beschränkung, daß der Einzelhandelsstaris nur anwendbar sei, wenn der Verkauf aus einem offenen Laden oder mindestens von einer festen Verkaufsstelle aus erfolge, aufgegeben und ihn auch für anwendbar erklärt, wenn der Vertrieb durch Reisende erfolgt. Es hat den Einzelhandelsstaris für anwendbar erklärt, obwohl die Firma an sich eine Großhandelsfirma ist, weil diese Firma eine besondere Organisation für den Verkauf an die Konsumenten geschaffen und den Zwischenhändlern zur Verfügung gestellt hat.

Es hat Gruppe 3 des Einzelhandelsstaris für anwendbar erklärt (328 Mark monatlich), daneben aber auch Erstattung der im Geschäftsinteresse notwendigen Spesen (60 Mark monatlich) zugewilligt, weil das Tarifgehalt, abgesehen von den gesetzlichen Abzügen, dem Arbeitnehmer voll zukommen müsse und eine dem widersprechende Abrede, daß der Arbeitnehmer die Spesen selbst tragen müsse, dem unabhängigen Tarifgehalt gegenüber unwirksam sei. Auch der Einwand der Firma, der Anspruch sei verwirrt oder es sei auf ihn stillschweigend verzichtet, weil erst nach Beendigung des Vertragsverhältnisses der Anspruch geltend gemacht worden sei, ist zurückgewiesen worden.

Es ist anzunehmen, daß infolge dieser bedeutungsvollen Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes das Arbeitsgericht sich mit einer Reihe von Klagen zu beschäftigen haben wird.

Berhandlungen in der Schwerindustrie.

Essen, 27. April. (Eigenbericht.)

In den Parteiverhandlungen über den Rahmentarif der Eisenindustrie Nordwest in Essen wurden zunächst die Vorschläge des Arbeitgeberverbandes erörtert. Die Gewerkschaften bestritten die Möglichkeit einer Entloftung von Lohnseite her und nannten das Vorgehen der Unternehmer Verärgerungspolitik. Die Verhandlungen werden am 5. Mai fortgesetzt. Am 1. Mai werden die Forderungen der Gewerkschaften den Unternehmern überreicht.

Arbeiter und Angestellte der Bewag!

Mittwoch, 17. Uhr, Protestkundgebung in den Gemütsräumen der „Neuen Welt“, Salzenstraße, Tagesordnung: „Autumnalisierung der Berliner Arbeit“, Arbeiter und Angestellte der Bewag! Ein aus Lohn- und Arbeitsverhältnissen in Gefahr! Referent: Jol. Delapp, Mitglied des Hauptverbandes des Gesamtverbandes, Zutritt nur gegen Vorweisung des Betriebsausweises. Eintritt ist Pflicht. Der Betriebsrat: Eickert, Zuns.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Beute, Dienstag, 19.31 Uhr, lesen die Gruppen: Tegel: Jugendheim, Schale, Bismarckstr. 30-34 (Sozialismus). Gutzli kommt mit seiner Frau-Maus. — Kreuzberg: Jugendheim, Gutzli, Straße 18, Arbeitsgemeinschaft. — Lichterfelde: Jugendheim, Poststr. 22, Gutzli, Scham und Freiheitskämpfer. — Neukölln: Jugendheim, Gutzli, Poststr. 44. Das Wädel in unserer Bewegung. — Borsdorf: Jugendheim, Gutzli, Poststr. 48. Nummer 3. Die Mädchen erhalten den Abend aus. — Gewerkschaften: Jugendheim, Gutzli, Poststr. 44. Soal 11. Arbeitervereinsverband. Von der Belegschaft zum Betriebsrat. Eine illustrierte Broschüre. Berliner Str. 31. Gutzli, Poststr. 44. — Altesohl: Jugendheim, Gutzli, Poststr. 44. Die deutsche freie Gewerkschaften. — Wedding: Jugendheim, Gutzli, Poststr. 44. 2 Treppen, Märkische Gasse und Spandauerstr. — Ostend: Jugendheim, Poststr. 44 (Rant-Schule). Die Entwicklung der Wirtschaft. — Kreuzberg: Gutzli, Poststr. 44 (Obertraktstr. 27, 3. St.). Vom Funktionären zum freien Arbeiter.

Zuendaruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Beute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Kreuzberg: Jugendheim, Gutzli, Poststr. 44. Wir lesen aus Travens Buch „Die Baumwollkinder“. — Lichterfelde: Jugendheim, Gutzli, Poststr. 44. Berliner Abend. — Der Sport- und Bewegungssport hält ab 20 Uhr in der Schule (Turnhalle) Paratier Str. 20 einen Übungsabend ab.

Sogar Kellenraucher schüben sich durch vor Katarh und nach Tabak reichendem Atem!

Das Loch im Fünfjahrplan.

Der großkapitalistischen Technik fehlen im Entscheidungsjahr die Arbeiter.

Unter den Zuständen, wie sie in Rußland herrschen, könnte selbst ein Proletariat wie das englische oder deutsche, das mit moderner Technik vollkommen vertraut ist und dessen Zeitbegriff und Arbeitsthemus derjenige der modernen kapitalistischen Industrie ist, nicht das leisten, was heute von dem russischen Proletariat verlangt wird. Da helfen alle Appelle nichts, weder „sozialistischer Wettbewerb“, noch „Stoßbrigaden“ vermögen aus dem darbenenden und frierenden russischen Arbeiter das herauszuholen, was die „Wirtschaftler“ von ihm fordern. Die Konferenz der Direktoren der Metallbetriebe mußte erst dieser Tage feststellen, daß „sich in den Betrieben Disziplinlosigkeit bemerkbar macht und daß

sozialistischer Wettbewerb und Stoßbrigadentum immer schwächer werden. („Sa Ind.“ 26. 3.)

In den letzten Wochen ist man daher auch zu einem neuen System übergegangen. Es wird nicht mehr an das patriotische Gefühl appelliert, sondern an sehr viel massivere Gefühle, und zwar nach dem Wort von Heinrich Heine: „In hungrige Mägen nur Eingang finden Suppenlogik mit Knödelgründen.“ Die Stoßbrigadier werden jetzt bevorzugt beliefert. Sie erhalten (Erlaß vom 7. April) besondere Lebensmittelkarten, sie bekommen zuerst Mäntel, Kleider und Schuhe, ihnen werden zuerst Wohnungen zugewiesen, ihre Wohnungen werden zuerst geheizt, ihre Kinder zuerst in Krippen und Kindergärten aufgenommen (Punkt 6 des Erlasses).

Einzelfne, offenbar „opportunistische“ Funktionäre des Metallarbeiterverbandes haben zwar gefunden, daß es nicht angehe, die Arbeiter in zwei Lager zu teilen, den einen zu nehmen, um den anderen zu geben („Pravda“, 19. Januar), aber man hat sie rasch zum Schweigen gebracht und jetzt gilt das neue System. Rügen wird es kaum etwas. Die Unfähigkeit der Bürokratie sorgt schon dafür. In Stalingrad erhielten die männlichen Stoßbrigadier Frauenbekleider, Frauen erhielten Hüfen und Männerstiefel, Kinderlose erhielten Kinderschuhe; in Swerdlow wurden ebenso wie in Nadeschdinsk die Stoßbrigadier vorzugsweise mit Schnaps beliefert. Und wo nichts war, war auch nichts zu verteilen. Die Prämie für die Stoßbrigadier im „Roten Proletariat“ sah so aus, daß jeder zwölftes das Recht erhielt, im Dezember ein Paar Schuhe zu kaufen. (Alle Angaben auf der „Pravda“ vom 19. Januar.)

Die Arbeitslosigkeit ist zwar nicht liquidiert — mit der Kollektivierung begann die Flucht der Saisonarbeiter in das Dorf zurück, nicht unähnlich der Massenflucht der Bauern aus der Armee, als 1917 das Land verteilt wurde, und die Saisonarbeiter hungern jetzt im Dorf wie sie vorher in der Stadt gehungert haben —, aber es besteht zweifellos ein empfindlicher Mangel an gelernten Arbeitern. Am 25. März hat das bolschewistische Zentralkomitee sehr energisch daran erinnert, daß der Erlaß vom 10. Oktober 1930 unter allen Umständen befolgt werden muß: Im Laufe der nächsten zwei Jahre darf kein einziger Arbeiter Angestellter oder Beamter werden. („Sa Ind.“, 26. März.) Aus den gleichen Gründen wurde kürzlich verfügt, daß alle früheren Transportarbeiter unverzüglich zu ihrer alten Arbeit zurückzukehren haben.

Sicher würde der Fünfjahrplan auch dann nicht erfüllt, wenn der russische Arbeiter wenigstens das Lebensniveau des deutschen Arbeiters erreichte.

Dieses jetzige russische Proletariat ist erst werdendes Proletariat, es sind Bauern in der blauen Bluse.

Daß die Hälfte der Arbeiter eines Betriebes nach nur kurzem im Dorf gelebt hat (wie z. B. in der Fabrik Karl Marx in Moskau, „Kön. Schicht“, 26. Februar), ist nicht etwa eine Ausnahme, sondern die Regel. Ueberaus bezeichnend sind die Ausführungen, die in „Sa Ind.“ vom 18. Februar gemacht werden. Es heißt dort unter anderem: „Wir haben Fabriken, die Dutzende europäischer Wissenschaft und Technik. Licht, lustig, geräumig, Maschinen, Chronometer, keine Fabrik, nein, ein Spielzeug. Wunder schön! Und dennoch wird der Plan nicht erfüllt. Woran liegt das?“ 1925 sprach Urzwojenz, der Direktor der Kotonnaer Fabrik, vor der Kreispartei-Konferenz: „In die Fabrik strömen immer neue Schichten. Wir haben 45 Proz. neue, eben aus dem Dorf gekommene Arbeiter. Wenn schon 1925 bloß 55 Proz. alte Arbeiter waren, wieviele sind von ihnen im dritten, entscheidenden Jahr des Fünfjahrplans, wieviel sind 1931 noch im Betrieb? Wenig, ganz wenig. 80 bis 85 Proz. sind junge Arbeiter. Die alten, meist Parteimitglieder, sind weg. Die einen arbeiten in der Partei, andere sind Verwalter, Wirtschaftler, Betriebsleiter usw. geworden, stehen auf Kommandoposten. Andere sind gestorben oder invalide. In den Fabriken sind 10 bis 15, selten 20 Proz. geblieben. Die jungen Arbeiter sind aber einfach nicht imstande, mit der nötigen Genauigkeit zu arbeiten.“

Je mehr sich die Industrie ausdehnt, desto deutlicher wird, daß moderne Großindustrie mehr bedeutet als moderne Maschinen.

Die Sowjetindustrie leidet nicht bloß an einem Mißverhältnis in der Entwicklung ihrer einzelnen Zweige, das aller Anstrengungen des Staatsplans spottet; die Entwicklung der Industrie überhaupt steht in einem Mißverhältnis zu der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes. Die Bolschewiki haben Karl Marx' großes Wort von der revolutionären Klasse, die selbst die größte Produktivkraft sei, falsch verstanden.

Wenn wir sagen, daß der Fünfjahrplan an den Arbeitern zu scheitern beginnt, meinen wir zunächst das körperliche Unvermögen der Arbeiter, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen. Das „entscheidende Jahr“ des Fünfjahrplans ist das Jahr, in dem die physischen Kräfte des Proletariats mehr und mehr sich erschöpfen. Man hat mit Recht gesagt, daß alle Voraussetzungen über die weitere Entwicklung in Rußland vor allem deshalb so schwierig sind, weil ein Faktor nicht exakt bestimmt werden kann: das Maß der Leiden, die der russische Mensch ertragen kann. Die Lage im Kohlenbergbau, in der Metallindustrie, die verzweifeltsten Mittel, welche die herrschende Schicht anzuwenden beginnt, alles deutet daraufhin, daß dieses Maß erreicht ist. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Industrialisierung nicht doch weitergeht. Aber

von der Erfüllung des Fünfjahrplans kann keine Rede mehr sein! Das mengenmäßige Gesamtziel wird nicht erreicht. Je weiter sich die Industrie entwickelt, desto tiefer wird

die Kluft zwischen den Leitern der Industrie und den Arbeitern.

Die alte Arbeiterschaft, das Proletariat, das unter dem Zarismus gekämpft hatte, das die Konterrevolution geschlagen hatte, das in seinen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sich gesammelt hatte, dieses Proletariat stirbt aus. An der Werkbank stehen, in den Gruben arbeiten, das Traktorenwerk führen heute Arbeiter, die noch vor ganz kurzer Zeit Bauern gewesen sind. Die Verwandlung des primitiven russischen Bauern in einen modernen Industriearbeiter, der Uebergang von der vorkapitalistischen Ar-

Riesenpleite im Abzahlungsgeschäft

Der Einkaufs- und Abzahlungskonzern Adolf Kahn stellt die Zahlungen ein.

Der Konzern Adolf Kahn in Berlin, der das Abzahlungsgeschäft für Möbel und Textilien im großen Betrieb und zu den führenden Unternehmen in diesem Geschäftszweig gehörte, ist zusammengebrochen. Die Leitung des Unternehmens hat an die Gläubiger ein Rundschreiben gerichtet, daß die Firma ab 25. April ihre Zahlungen einstellt.

Bei der Bedeutung, die diesem Konzern zumal, hat die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit in den interessierten Kreisen des Einzelhandels und der Banken natürlich beträchtliches Aufsehen erregt. Das Unternehmen, das seinen Sitz in Berlin hat, besitzt Filialbetriebe größerer und kleinerer Umfanges in zahlreichen Städten Deutschlands, besonders im Süden und Südwesten des Reiches. Unter anderem kontrolliert der Kahn-Konzern die Deutsche Bekleidungs-GmbH., die ihrerseits wieder in Breslau, Duisburg, sowie in Baden und Württemberg Filialen unterhält. In den letzten drei Jahren nun hat

der Konzern seine Ausdehnungspolitik noch verstärkt,

um seine Einkaufskraft und damit seine Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Die Angliederung von Abzahlungsgeschäften in der Zeit absteigender Konjunktur hat sich jedoch als ein Fehlschlag erwiesen. So sind die Umsätze im letzten Jahr trotz der Vermehrung der Geschäfte von 8 auf 5 Millionen Mark, also um fast 40 Prozent gesunken und in den letzten Monaten des laufenden Jahres hat sich der Umsatzzugang in noch schärferer Form fortgesetzt.

Wesentlich zu dem Zusammenbruch hat aber auch die Entwicklung bei den Geldgebern des Unternehmens beigetragen. Die Adolf-Kahn-Gruppe arbeitete in erster Linie mit der Allgemeinen Betriebskredit GmbH., jener aus dem Zusammenbruch der Allgemeinen Frankfurter Versicherung bekannten Tochtergesellschaft dieses Versicherungskonzerns. Wie es heißt, soll die Allgemeine Betriebs-

kredit-GmbH., die mit der Abwicklung bei der Frankfurter Versicherung beauftragt ist, Kreditzusagen nicht eingehalten bzw. zurückgezogen haben, so daß sich die Finanzierungsmöglichkeit beim Kahn-Konzern erheblich verschlechterte. Dazu kam, daß der rapide Umsatzzugang in den letzten Monaten auch andere Gläubiger zu Kreditrückzahlungen veranlaßt hat.

Die Zurückhaltung der Geldgeber auf der einen Seite und schlechte Zahlungseingänge der Schuldner auf der anderen Seite haben also bei den Schwierigkeiten des Kahn-Konzerns zusammengewirkt. Zweifellos aber hat auch der starke Konzernausbau der letzten Jahre nicht mehr die solide Linie innegehalten, die bei einem Unternehmen von der Art des Kahn-Konzerns unter allen Umständen erforderlich ist. Nach den bisherigen Meldungen

belaufen sich die Passiven auf 5,5 Millionen Mark,

wovon die Frankfurter Allgemeine Betriebskredit allein 3,8 Millionen zu fordern hat. Einen verhältnismäßig geringen Betrag von 500 000 Mark hat die Diskontvereinigung des kreditgebenden Einzelhandels zu fordern, der im übrigen gedeckt sein soll. Ferner werden die Forderungen der Warengläubiger mit etwa 3,1 Millionen angegeben. Demgegenüber stehen an Aktiven 5,5 Millionen Kassenbestand gegenüber, wobei allerdings noch nicht berücksichtigt ist, inwieweit diese Forderungen eintreibbar sind. Außerdem sind noch über 1 Million an Warenvorräten und Grundstücke vorhanden, deren Wert sich auf etwa 0,4 Millionen beläuft.

Angefaßt dieser Lage wird damit zu rechnen sein, daß die Gläubiger auf einen Vergleich eingehen werden, der dem Unternehmen auf verkleinertem Basis ein Weiterarbeiten ermöglicht. Daran dürften auch die Warengläubiger interessiert sein, die bei einem Konkurs einen ihrer größten Kunden verlieren würden. Die Angestellten des Kahn-Konzerns setzten sich zuletzt noch aus fast 600 Personen zusammen.

Die finanzielle Flüssigkeit hat sich infolge starken Barabbaus von rund 18,3 auf 10,3 Millionen Mark noch erheblich vermindert.

Den Schulden von 11,7 Millionen Mark stehen allein von 10,1 auf 16,3 Millionen Mark erhöhte Bankguthaben gegenüber, zu denen noch Forderungen von 27,2 Millionen Mark hinzutreten. Die flüssigen Betriebsmittel übersteigen insgesamt die Forderungen um das Vierfache. Im laufenden Jahr haben sich die Umsätze auf dem Stande der letzten Monate von 1930 gehalten, so daß sie im Hinblick auf die ab 1. Januar durchgeführten Preiserhöhungen mengenmäßig gestiegen sind.

Der von der Labourregierung eingeleitete Ausschuss zur Untersuchung der Möglichkeit einer Elektrifizierung der gesamten englischen Eisenbahnen hat die Durchführung eines solchen Planes empfohlen und man nimmt an, daß die Regierung diesen Empfehlungen folgen und möglicherweise die Elektrifizierung in Verbindung mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen durchführen wird. Der Plan könnte in 15 Jahren realisiert werden. Man rechnet mit Gesamtkosten von 77,2 Milliarden Mark.

Rußland bestellt in Italien. Zwischen dem italienischen Korporationsministerium und einer russischen Handelsabordnung sind Verhandlungen über einen neuen Wirtschaftsvertrag zwischen Italien und der Sowjetunion gepflogen worden. Wie verlautet, ist dieser Vertrag bereits unterzeichnet worden. Im wesentlichen soll er vorsehen, daß die Sowjetunion in den nächsten sieben bis acht Monaten Bestellungen für etwa 350 Millionen Lire (77 Millionen Mark) in Italien vergibt und die italienische Regierung für diese Summe die Sicherheit übernimmt.

Wenn ein Generaldirektor selbstherrlich handeln darf. Die Mühlenbauindustrie L. S. (Riag), einer der bekanntesten und rentabelsten Maschinenkonzerne Deutschlands, stellt ganz überraschend für 1930 die Dividendenzahlung ein, nachdem in den vorhergehenden Jahren regelmäßig die hohe Dividende von 10 Prozent gezahlt wurde. Die Ursache dieser scharfen Maßnahme bildet die selbstherrliche Geschäftspolitik des früheren Generaldirektors Grefenius, der durch starke Beteiligung an betriebsfremden Geschäften der Riag außerordentlich hohe Verpflichtungen auferlegt hat. Den Aufsichtsrat, der diese schiefen geschäftlichen Privatunternehmen des leitenden Direktors nicht kontrolliert hat, wie es seine Pflicht war, trifft die Verantwortung in vollem Umfang. Die Gesellschaft hat bei dem jetzt veröffentlichten Abschluß eine Sonderabrechnung auf sogenannte „gesellschaftsfremde Verpfichtungen“ vorgenommen, ein Beweis, daß es sich bei den Geschäften des Herrn Grefenius um Millionenabträge handelte.

8 Proz. Continental-Dividende

Nur geringer Gewinnrückgang. — Gummifabrikate müssen billiger werden.

Der Jahresabschluß der Continental-Gummwerke in Hannover, des führenden Gummiernehmens in der deutschen Gummifabrikation, weist einen unwesentlichen Rückgang des Geschäftsgewinnes von 24,3 auf 23,3 Millionen Mark auf. Nach Abführung der Unkosten und Steuern, von denen letztere von 8,2 auf 5,5 Millionen Mark erheblich zurückgegangen sind sowie nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen, die im einzelnen nicht erkennbar sind, wird ein Reingewinn von 3,64 gegen 4 Millionen Mark ausgewiesen. Hiervon werden 8 gegen 9 Prozent Dividende im Vorjahr ausgeschüttet; gegenüber 1928 liegt jedoch die „Reifen“-dividende für 1930 noch um 1 Prozent höher. Die Abschreibungen auf die Anlagen konnten diesmal verhältnismäßig niedrig gehalten werden, da nach Beendigung der Luftaufreaktion im letzten Jahr fast 11 Millionen Mark Wert von den Anlagen heruntergeschrieben worden war.

Wenn der Geschäftsbericht der Verwaltung darauf hinweist, daß das letzte Betriebsjahr durch die Schwankungen an den Gummim- und Baumwollmärkten ungünstig beeinflusst war, so vergißt die Direktion den Zusatz, daß auch durch das rapide Sinken der Rohgummipreise schwere Sonderprofite erzielt wurden. Kein Rohstoff hat — das führten wir erst vor wenigen Tagen aus — in seinem Preisstand derartige Verheerungen erlitten, wie der Gummi, der allein vom Oktober 1930 bis Ende April 1931 um reichlich 30 Prozent gesunken ist. Seit 1925 sind die Rohgummipreise — wohl ein einzigartiger Preissturzreord — von 4,35 Mark auf 2,3 Pfennig je englische Pfund, also um 95 Prozent, gefallen. Demgegenüber sind erst im letzten Jahr die Fertigwarenpreise abgebaut worden, wesentlich jedoch nur die Preise für Auto- und Fahrradreifen um etwa 20 Prozent.

Der Umsatzzugang wird wertmäßig mit 16 Prozent angegeben, dürfte sich demnach also mengenmäßig höchstens um 9 bis 10 Prozent vermindert haben. Umsatzzahlen werden nicht genannt, doch läßt sich auf Grund früherer Ziffern der Gesamtumsatz des Continental-Konzerns für 1930 auf etwa 160 Millionen Mark schätzen. Wenn demgegenüber die Belegschaft von 17 000 bis auf 13 000 Mann, also fast um 24 Prozent zurückgegangen ist, so zeigt sich, daß die in den letzten Jahren bei Continental durchgeführte Konzentration und Rationalisierung von Betrieben zu weiterer Steigerung der Abzahlleistungen je Kopf geführt hat. Wenn für 1930 lassen sich diese Mehrleistungen der Arbeiterschaft auf 12 bis 15 Prozent schätzen.

Färben und Chem. Reinigen seit 1869

Max Bloch

Abholen und Zustellen kostenlos! Fernw. Wedding 2268

Lassen Sie nur beim Fachmann chemisch reinigen und färben. — Sie ersparen Neuanschaffungen Pfingstaufträge rechtzeitig erbeten FILIALEN IN ALLEN STADTEILEN.

Hans Bauer: Der Conférencier

Der Beginn der Kabarettvorstellung stand offensichtlich un-mittelbar bevor. Der Zuschauerraum war soeben verdunkelt, die, allerdings vorerst noch durch den Vorhang verdeckte Bühne soeben erhellt worden. Ein Gongschlag ertönte. In diesem Augenblick erhob sich im Parkett ein Herr von seinem Stuhl, schritt auf die Bühne zu, erklimmte die Stiege, die auf sie hinaufführte, postierte sich in der Mitte und sagte, in jenem leichten und mühelosen Plauderton, der guten Conférenciers zu eigen ist, das Folgende:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich weiß, daß Sie in diesem ausgezeichneten Kabarett schon manchen originellen Conférencier gehört haben, aber ich weiß auch, daß Sie noch niemals einen hörten, der sich in einer originelleren Lage befand, als ich mich befinde. Um Ihnen die Wahrheit zu sagen, die Sie selbstverständlich und zu meinem Glück für eine Lüge halten werden: ich bin in diesem Kabarett gar nicht als Künstler engagiert, sondern ich bin ein stellungsloser Artist, dem es sehr dreht und der die Berufung zum Conférencier in sich fühlt, ohne bisher noch von jemandem gerufen worden zu sein. Sehen Sie, meine Herrschaften, es ist immer mein Ehrgeiz gewesen, von dieser Stelle, auf der ich im Augenblick stehe, als honorierter Künstler zu Ihnen sprechen zu dürfen, aber leider ist es mir, dem Unprominenten, trotz krampfhafter Versuche bislang nicht gelungen, bei dem Herrn Direktor vorgelassen zu werden. Es ist ja leider so, daß es in den Kabarets abends zwar fröhlich zugeht: man tut so, als hätte das Theater, die Positiv oder die allgemeine Pleite-misere auch eine heitere Seite oder sogar ausschließlich eine heitere Seite; aber in den Vormittagstunden geht es naturgemäß dort genau so vernünftig zu wie anderswo. Der Direktor jankt sich mit den Mitarbeitern herum, seht die Bogen herunter und weist vor allem Bemerkbar ab. Ich darf das ruhig sagen, ohne befürchten zu müssen, daß ich mich endgültig defouviere, denn es ist ja üblich, daß in den Conférencen, mit deren Einverständnis natürlich, die Direktoren schlecht wegkommen. Das Publikum freut sich darüber, wenn über mächtige Männer hergezogen wird, und der Direktor freut sich, wenn sich in seinem Hause das Publikum freut: so ist beiden geholfen. Was aber nun mein Unternehmen anbelangt, so habe ich die Direktion in eine prätere Lage gebracht. Sie müssen sich jetzt vorstellen, daß hinter diesem Vorhang eine Anzahl ratloser und ehrlich bestürzter Herren stehen, denen der Humor gründlich vergangen ist und die nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen. Es wäre ihnen natürlich möglich, mich einfach mit Gewalt von hier zu entfernen. Aber gewiß sagen Sie sich, daß das an einer der übermütigen Laune geweihten Stätte überaus sinnlos wäre, und Sie erwägen wohl weiter, daß Sie, meine Damen und Herren, die Szene, die sich ergeben würde, für einen einstudierten Trick halten würden, wie Sie ja gewiß meine ganze Rede für einen einstudierten Trick halten und um selbsten Preis zu überzeugen sein werden, daß Sie das nicht ist. Ja, je mehr ich betrachte, daß ich ein völlig unprogrammatisches Extempore bin, um so weniger werden Sie, gewöhnt durch den Geistreichum, mit dem in diesem Lokal Ueberrassungen geboten werden, mir Klauen schenken. Es bleibt den Herren hinter dem Vorhang also kaum etwas anderes übrig, als

die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und ergeben abzuwarten, was geschieht. Indessen, es wird nichts Besonderes geschehen. Ich wollte nur hier einmal zu Wort kommen und da ich es auf normale Weise nicht erhalten konnte, nahm ich es mir durch einen Coup. Ich möchte dabei betonen, daß ich bei der Inszenierung meines Planes sehr behutsam zu Werke gegangen bin und daß ich die Herren dieses Hauses bitte, mir das zuzugute zu halten. Bedenken Sie, meine Damen und Herren, in welche Ungelegenheiten ein gewissenloser Abenteuerer als ich es bin, ein Kabarett zu bringen vermag. Da wird irgendein Stetisch gegeben. Plötzlich springt der Herr aus dem Publikum auf die Bühne und schreit: „Halt, halt! Ich bin stellvertretender Schriftführer des Sittlichkeitsvereins und nehme an dieser Szene Anstoß!“ Den Schauspielern bleibt die Sprache weg. Aber ihre Verwahrungen nützen nichts. Es ergeht ihnen wie dem jungen Mann, der im Bade so oft den Ertrinkenden vorgetaucht hat, daß kein Mensch auf seine Hilferufe hört, als er wirklich ertrinkt. Der Usurpator ist Herr der Szene. Kein Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, kommt auf die wahrnehmbare Idee, daß ein stellvertretender Sittlichkeitsvereins-schriftführer etwas anderes, denn eine legitime Erfindung des Kabarettprogramms ist. Der Herr aus dem Publikum kann schelten und malten nach Herzenslust. Es nützt nichts, wenn der Direktor erscheint, es nützt nichts, wenn der Vorhang gezogen wird, nicht einmal der echte Polkist wird ernst genommen. Es vertreibt den fremden Herrn, wenn er nur seine Rolle, eine Rolle zu spielen, geschieht genug spielt, nichts so leicht von der Szene und noch im schlechtesten Falle kommt er am nächsten Tage in die Zeitung, etwa unter der Ueberschrift: „Toller Streich im Kabarett, Köpenickade eines stellunglosen Künstlers.“ Und eben das hat der Herr aus dem Publikum so gewollt. Ledrigens wird es selbst in diesem Falle noch geriffene Zeitungsfelder geben, die vergnügt schmunzeln: Reflektiert! Ich will also sagen, daß ich ein Freund der Rücksichtnahme bin und den ein wenig aus dem Konzept gebrachten Herren Zeit zur Sammlung lasse. Es wäre diamabel, wenn Kabarettisten dort, wo sie zu Hause sind, statt zu überraschen, sich überraschen ließen. Glücklicherweise gibt es einen Ausweg, von dem ich annehme, daß er akzeptiert wird: Mein verehrter Kollege, der richtige Conférencier, dirigiert seine oft bewunderte Schlagfertigkeit in der Richtung, daß er mein Zwischenstück in seine Conference einbezieht und sich mit mir derart in sie teilt, daß Sie am Ende des Abends in Ihrer vielleicht inzwischen wankend gewordenen Meinung wieder gefestigt werden, ich sei tatsächlich nicht mehr und nicht weniger als eine Programmnummer. Meine Damen und Herren, es legt jetzt mein verehrter Kollege, der echte Conférencier, eine Genieprobe vor Ihnen ab...

Der Herr ging hinter den Vorhang. Dort stand der Direktor und sagte zu ihm: „Merkwürdig, gestern, als das alles echt war und wir hier Blut schwigten, hatte ich das Gefühl, daß das Publikum die Geschichte letzten Endes doch nur für Wache hielt. Aber heute, wo wir Ihren Trick in den Spielplan aufgenommen haben, bin ich überzeugt, daß das Publikum unbedingt an die Echtheit glaubt.“

Folterkammer der primitiven Moden

Die Lippen-Regenrinnen vom Tschadsee zeigen jetzt einmal den Berlinerinnen, was es wirklich heißt, für die Schönheit zu leiden, denn es ist wahrlich keine Kleinigkeit, die Unterlippe zur Aufnahme einer Holzschleife von 20 bis 30 Zentimeter Durchmesser auszuweiten. Diese groteske Form der „Verzierung“ stellt gewiß eine Reforbidierung der Mode der Naturvölker dar und diese Schenswürdigkeit hat zugleich den Vorzug der Seltsamkeit, denn der Lippenpflock verschwindet in Afrika immer mehr und wird nur noch von den Ureinwohnern mancher Gebiete getragen, die meist von kriegerischen Erobererstämmen unterdrückt sind, so daß diese Pierde, auf die man einst so stolz war, fast ein Kennzeichen der Schwäche und Unterwerfung geworden ist und daher von der Jugend verachtet wird. Da die Mode des primitiven Menschen nicht so schnell wechselt wie bei uns und er sich überhaupt langsamer umgibt, so bevorzugt er weniger die leicht veränderlichen Schmuckformen, wie Ringe, Ketten usw., sondern die dauernden Verzerrungen, die seinen Leib selbst umgestalten und so zu einem unzerstörbaren Teil seiner Person werden, und für diese „Verschönerungsarbeiten“ bieten sich die vor-springenden Teile des Kopfes, wie Lippen, Ohren, Nase, als besonders geeignet dar. Der Belege oder Lippenpflock gehört also in eine ganze Gruppe solcher Schmuckformen und ist früher weit verbreitet gewesen. Bei den Eskimos tragen ihn nur die Männer, bei den Indianern Nordwestamerikas und bei vielen afrikanischen Stämmen nur die Frauen, und zwar galt dieses Ornament als Zeichen der Reife, war den jungen Mädchen verboten und zugleich als Zeichen der Vornehmheit: je größer der Lippenpflock, desto vornehmer die Trägerin. Eine solche schwarze Dame, die etwas auf sich hält, würde ebensowenig ohne diesen Vorbau des Mundes auftreten wollen wie eine Europäerin ganz unbekleidet. In Afrika, wo die Mode des Belege besonders heimisch war, wird er bald nur an der Oberlippe, bald nur an der Unterlippe, bald an beiden getragen. „Der Lippenpflock“, so beschreibt ihn der Reisende Lieder, „besteht aus einer runden, flachen, oft verzierten Scheibe aus Holz oder Ton, die in ein Loch der Lippe hineingezwängt wird. Durch das Hineinpressen immer größerer Scheiben erreicht dies Loch oft eine ganz außerordentliche Größe und entsteht dann das Gesicht in widerwärtigster Weise. Bei alten Weibern, deren Lippenmuskulatur nicht mehr ausreicht, die Scheibe horizontal nach vorn zu halten, sieht das Belege wie ein großes Schloß aus, das ihnen vor den Mund gelegt ist.“

Außer den Lippen sind es in erster Linie die Ohren, an deren Dehnbarkeit die ungeheuerlichsten Ansprüche gestellt werden. „Die Ohrklappen“, berichtet z. B. Reichard von den Wangamessi, „werden schon in der Jugend mit einer Nadel oder einem Dorn durchbohrt; zunächst wird ein Faden hindurchgezogen, dann am dritten Tage ein feiner Strohhalbm; diesem folgt man an jedem zweiten oder dritten Tag bei regelmäßigem Verlauf der Heilung einen weiteren Strohhalbm hinzu, bis ein fingerdickes Bündel dieser Halme nach etwa 14 Tagen durch einen spindelförmigen Holzpflock ersetzt wird, der täglich durch Bast- oder Baumwollfaden verwickelt wird, um die entstandene Öffnung immer mehr zu erweitern. Ja, man steckt sogar den Hals eines Flaschenfüßchens durch das Loch und arbeitet so lange, bis man bequem eine sehr große Lachenuhr in der Öffnung des mifhandelten Ohrklappens unterbringen könnte. Der also Verzierte oder Verunzierte kann dann bequem das Ohrklappen über das Ohr ziehen. Andere Stämme, wie die auf Neu-Guinea, bevorzugen eine Vergrößerung des Ohres, bei der die Ohröffnung durch hineingepreßte Streifen elastischen Rohres kreisförmig immer weiter ausgegallt wird. Bei anderen Naturvölkern durchbohrt man den Ohrtrand und verziert ihn mit herabhängenden

Verlängern. Beim Rasenschmuck wird die Rasenscheidwand durchbohrt und allerlei Schmuck, wie silberne Ringe oder rotes Holzgarn mit daran hängenden Haifischzähnen, hindurchgezogen; die Durchbohrung der Rasenscheidwand, die dann zur Aufnahme von Gehängen dienen, ist bei den Hindu-Frauen die Regel, in Afrika nicht selten. Die Zähne bleiben ebenfalls von diesem Schmuckbetrieb nicht verschont. Entweder werden die Vorderzähne spitz gefeilt, wodurch wohl ein raubtierartiges, den Feind schreckendes Aussehen hervorgerufen werden soll; man feilt, wie im Malaischen Archipel, die Vorderzähne kürzer, bringt in der mittleren Zahnreihe ein hohles Dreieck an oder schlägt gar einige Zähne ganz aus. In Afrika sind diese Zahnverfälschungen so verbreitet, daß man noch ihrer verschiedenen Gestaltung die Stämme in große Gruppen eingeteilt hat. Eine eigentümliche Schmuckform der Bewohner des sudanesischen Badais scheint auf einen medizinischen Eindruck zurückzugehen. „Die Hauptzierde des Mannes“, erzählt Nachtigal, „ist

Ivan Keilbut:

Der Frühling dauert einen Tag

Nach dem Kalender dauert er drei Monate lang, aber für unsere Empfindung ist er nach einigen Tagen vorbei. Er ist kurz wie die Liebe — jene Liebe, die eine große Sättigung will! Aber es ist nicht seine Schuld. Warum vermögen wir seinen leichten weichen Schritt nicht länger als nur wenige Tage zu hören, seinen Atem nicht länger als über die ersten Stunden hinaus zu riechen? Ja, um aufrichtig zu sein — der Frühling währt einen einzigen Tag. Am zweiten ist er bereits ein gemohntes Gefühl.

In einem Morgen, der, wenn man ihn genau ansehen hätte, sich von keinem vorhergehenden Morgen unterschied, merkte ich beim ersten Aufwachen, daß etwas los war. Regungslos aufgerichtet lag ich im Bett. Etwas Gefährliches, gleichsam brenzlich Riechendes war in der Atmosphäre. Ich lauschte. Unten auf der Straße der zirpende Klang sich nähernder Sohlen. Sonst kein Laut in der Welt. Ein sonniges Vergnügen umjitterte die Fensterordnungen, und als ich, aus dem Bett gesprungen, sie zur Seite schob, sah ich, daß der Himmel stecklos blau von der Farbe eines hellblauen Bademantels war. Die Landschaft — Laubkolonien, die ein Weg durchschneidet — war von einem Krübeln besessen. Sie hatte offenbar süße Morgenträume.

Nach dem Kalender hätte ich wissen müssen, was diese Veränderung in der Natur zu bedeuten hatte. Aber der Frühling kommt, wie die Liebe, immer überraschend. Er kommt wie eine Braut, die man am Anhalter Bahnhof erwartet, und dann noch eine Stunde lang auf dem Bahnsteig... und da hast du sie plötzlich in deinen Armen und du bist ganz und gar überrascht. Warum wohl? Nur, weil du sie in den Armen hast.

Und mit einemmal hatte ich begriffen, was los war. Ich warf die Hand in die Luft und schrie:

„Der Frühling ist da!“

Es war, als hätte die Welt nur auf diesen Ausruf gewartet. Auf dem Wege zwischen den Laubkolonien hebt ein noch nie gesehenes Leben an. Die Hunde, die das Glück haben, in der augenblicklichen Mode zu sein, rennen mit stolzen Fahnen, die Terriers machen sich an die Dackel heran; Windhunde, mit unermüdet komi-

die sogenannte Dum-Frucht, d. h. eine durch fortwährende Anwendung von trockenen Schröpfköpfen entstandene Hauterhöhung zwischen Ohren und Nacken, die als Zeichen kriegerischen Sinnes und der Furchtlosigkeit gilt.“ Daß man sogar aus Schönheitsgründen zur Umformung des Kopfes schritt, zeigt die Schädelplastik, die ihre wunderlichsten Blüten bei den allen Peruanern getrieben hat. Bei vielen Völkern, bei denen die Kinder in Wägen mit harter Unterlage zu liegen pflegen, hat man beobachtet, daß sich der Kopf dem äußeren Druck anpaßt, und so benutzte man diese Erkenntnis dazu, um durch Festschnallen oder durch einengende Binden dem Schädel eine Form zu geben, die man für besonders anmutig hielt. Das Tätowieren, das ja auch vielfach bei den weißen Völkern Mode geworden ist, wird von den Primitiven z. T. noch viel intensiver betrieben; da gibt es die Knopf-Tätowierung, bei der kleine Hautklappen losgetrennt werden, die dann nach der Heilung als Auswüchse in Form von Knöpfen oder kleinen Hahnenkämmen hervorstechen, und die Narben-Tätowierung, bei der Wunden entstehen, die dann bisweilen farbige verhärtete Erhöhungen hinterlassen. Die Entfernung der Haare ist ja in der Form des Rasierens auch bei uns allgemein verbreitet, aber der Naturmenschen geht manchmal darin viel weiter und unterwirft sich richtigen Folterungen, um die Haut ganz glatt erscheinen zu lassen.

Spinnen auf Fischfang

Daß Fische viele Feinde auch unter den Insekten, besonders Wasserläufern, haben, ist ebenso bekannt wie die Tatsache, daß amerikanische Riesenspinnen Vögel angreifen. Jetzt berichtet der amerikanische Forscher E. W. Gudger in einer naturwissenschaftlichen Zeitschrift über beglaubigte Fälle, in denen Spinnen als Fischräuber festgestellt wurden. Schon vor vielen Jahren wurde ein solcher Fall von Professor E. T. Spring in New Jersey beobachtet. Spring sah, wie von einem Teich aus eine gerandelte Jagdspinne von 18 Millimeter Länge einen Fisch von 81 Millimeter Länge in der Nähe der Rückenflosse biß. Der Fisch, wohl eine Krähe, schwamm mit ihr auf dem Rücken im Kreis herum, konnte sie aber nicht los werden. Nach 6 bis 8 Minuten hatte die Spinne den Fisch kaum mehr wehrenden Fisch fast ganz ans Land gezogen. Der Naturforscher brachte die beiden Tiere in ein weithalsiges Glasgefäß, wo sich der Fisch am Boden des Gefäßes unter Wasser aufhielt, die Spinne darüber schwimmend Wache hielt. Nach drei Stunden war aber die Spinne tot, der Fisch starb erst am nächsten Tage.

Ein anderer Gelehrter berichtet, wie sich eine Spinne von einem Baum auf einen Krüschenschwamm ins Wasser fallen ließ, einen Fisch ergriff, ihn auch beim Tauchen nicht losließ, bis er an ihrem Gift starb und auf dem Rücken an der Oberfläche schwamm. Der Besitzer von Goldfischen, die im Zimmer in einem Glas schwammen, sah, wie beide von einer Spinne gefangen wurden. Er versuchte sie zwar, doch starben beide. Ein ähnlicher Fall ereignete sich 1927 im Aquarium von San Francisco, wo aus einem gemauerten Bassin über Nacht Sonnensicheln verschwanden, deren vertrocknete Leichen man später in der Nähe auf dem Boden fand. Auch hier hatte sich eine Wolfspinne von einem nahen Baumchen in das Becken hinuntergelassen und die Fische herausgeholt. In Argentinien wurde eine Spinne der Art Diapontia gesehen, die in einem Tümpel ein Reg spannt, das teilweise unter das Wasser tauchte, worin sich Kaulquappen versingen. Die leeren Häute der Opfer waren rings um das Reg verstreut. Daß Spinnen auch Frösche, Schlangen, Eidechsen, Mäuse und Ratten angreifen, ist nichts Ungewöhnliches. Im Jahre 1925 sah ein Naturforscher, wie es einer Spinne gelang, einen sich lebhaft sträubenden Fisch auf ein in der Mitte eines Tümpels schwimmendes Blatt zu ziehen, nachdem er allmählich durch ihr Gift gelähmt war. Sie ließ erst los, als der Zuschauer mit einem Stoß nach ihr schlug. Sie gelangte ans Land, wo er sie tötete.

In diesem Zusammenhang sei noch daran erinnert, daß auch Kraken wiederholt als Fischräuber beobachtet wurden. Bildlagen, wie der Jaguar, Ozelot, Luchs, und besonders die in Indien heimische fischende oder Tüpfellage, aber auch Hauskraken, die an stachen Ufern lagern, bis sie einen Fisch durch ein rasches Zupacken mit den Krallen ergreifen können. Am Meeresstrand sah man einst eine große Schar von hungrigen, von Sommergästen zurückgelassenen Kraken, die die kleinen von großen Fischen ans Land getriebenen Fische herausholten.

Der primitivste Vulkan. Im Hafen von Acapulco in Salador gibt es einen Vulkan, der vollständig als Leuchturm dient. Die größte Regelmäßigkeit spie er alle 7 Minuten leuchtende Landa-maffen aus, die bei Tage als Rauchwolken die Schiffer orientieren, bei Nacht als unfehlbares Blinkfeuer wirken.

schen Hochsprüngen der Hinterbeine, legen aus irgendeinem Grunde, den außer ihnen niemand weiß, weg, weg, wenn eine zehrende Dame das ihr gehörige vertheuerte vierbeinige Stück Leben zu jagen sucht, um es an die Leine zu fesseln, so fällt sie dem Gelächter der interessierten Zuschauer anheim. Es sieht gerade so aus, als hätte sie die Absicht, den Frühling persönlich an die Leine zu legen.

Ältere Herren ziehen den süßen Wind mit Bedacht durch die Luftröhre ein, sie konstataren mit Wohlbehagen, daß sie noch jung sind und noch genießen können wie in fäulischen Vorjahren; wenn sie, auf ihre Handstoßkrücke im Kreuz gestützt, umgewendet stehen, um einem hochbeinigen Mädchen nachzublicken, haben sie einen frommen Ausdruck in den Augen, der mich rührt. Ein leopardischer Käuchen sonnt sich, halb in der Hecke versteckt. Die Frauen schieben mit Kinderwagen an ihm vorüber, die Wägelchen fahren gern zu zwei nebeneinander — aber die Säuglinge liegen einsam darin; während ihre erwachsenen Brüder vor dem Mann mit der selbstgefertigten Gelge verweilen, die an ihrem unteren Ende in eine Art von Grammophonrichter, zwecks Lautverstärkung, ausläuft. Der Geiger, der sein Instrument wie ein Violoncello handhabt, spielt „Aus der Jugendzeit“, man möchte ihm einen Taler schenken, um ihn zum Aufhören zu bewegen; seine Fingerzehen treffen immer ein Millimeterbreite neben den gestauten Ton. Eben zieht seine Konkurrenz zwei Musikanten mit Dreborstel und Handtrommel, vorüber; ein Junge, der eine Konfektendose mit dem Fuß vor sich herdreht, folgt ihnen, um bei jedem Ständchen dabei zu sein. Der Berg ist voller diskutierender Leute, die sämtlich mit der Frage beschäftigt sind, ob das Glück dieses warmen Windes beständig oder nur vorübergehend und Täuschung sei. Ein seltsames Einverständnis beherrscht alle Lebenden — ohne daß sie etwas dafür können, sind sie lebenswürdiger, weil liebesbedürftiger, Verbindung suchend mit dem Glück, geradezu kosmisch verbunden in der Empfindung. Und eine junge Frau lächelt mich an — und die dämliche Ueberlegung, ob dies Lächeln mir persönlich oder dem Frühling im allgemeinen gelte — verpoht mir die niemals wiederkehrende Gelegenheit, ihr zur Antwort in die weichenblauen Augen zu lächeln.

Drei Jahre G.M.Z. Arfonaplag.

Unsere Sozialistische Arbeiterjugend versteht es, Feste zu feiern. Ein buntes, farbenreiches Bild: der Saal und die Bühne im Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße, rot dekoriert, mit Luftkugeln geschmückt, in blauen Ritteln Knaben und Mädchen, Kinderfreunde und Rote Falken, jugendliche Genossinnen und Genossen.

Alles ist voll gespannter Erwartung. Dann verdundelt sich der Saal, aus dem Hintergrunde ertönt ein Trompetensolo: die Internationale. Blühlich stehen auf der Bühne zwei Reihen hochgewachsener, elastischer Menschen in stahlgrauen Gewändern, die in vorzüglichem Gymnastikspiel und als ausgezeichnete Sprecher ihre markanten Worte den Hörern entgegenzuschleudern. Es sind die Rote Rebellen, eine Kampfgruppe der Arbeiterjugend, die mit ihren Vorträgen sehr begehrt ist. „So lange wir jung sind, ist unser die Welt!“ ertönt es aus dem Vortruch eines jugendgenossen der Gruppe. Dann folgen Chöre und Lieder. Eine Genossin tritt aus dem Kreis der Sänger und hält eine kurze, eindrucksvolle Ansprache. In schneller Folge wechseln nun die Vorträge der eigenen Genossen mit denen der Rote Rebellen. Manche gewagte Satire auf Justiz, Bonzertum, auf Faschismus und Moskowismus erschüttern die Lachmuskeln.

Vor Schluß des ersten Teiles werden die Rote Rebellen noch einmal in sympathischer Form für das „Rote Buch“, für die Ausgaben unseres Parteiverlages. Mit leuchtenden Augen laufen die Jungen und Mädels herum, sie haben es sich nicht träumen lassen, daß ihr Fest ein so glänzendes werden würde. Sehr instruktiv und gut arrangiert war auch die kleine Ausstellung, die über die Entwicklung der Gruppe und über ihre Arbeiten in den Jugendstunden in Bildern und Statistiken Aufschluß gab.

Allgemeine Wetterlage.



Im ganzen Deutschen Reich herrschte am Montag veränderliches Wetter. Deutlich der Elbe war es verhältnismäßig warm, die höchsten Temperaturen wurden in Ostpreußen mit bis zu 20 Grad erreicht. Niederschläge sind fast im ganzen Reich gefallen und allgemein in Schauerform, die stärksten Regemengen wurden aus den Küstengebieten gemeldet, wo es auch stellenweise zu Gewitterbildung kam. Unser Bezirk liegt zur Zeit im Bereich eines Tiefdruckgebietes, das sich von der Nordsee über ganz Deutschland erstreckt und sich langsam verflacht. Die von Westen her vordringenden kühleren und feuchteren Luftmassen werden ihren Weg von der Elbe nach Osten zu fortsetzen. Wir haben demzufolge für die nächsten beiden Tage mit kühlerem und wolfigem Wetter zu rechnen, dabei werden noch einzelne Schauer auftreten.

Wetterausichten für Berlin. Kühler, meist wolfig, vereinzelt Schauer. — Für Deutschland. Überall wolfig mit leichten Schauern. In der östlichen Hälfte Abkühlung, im übrigen Reich Temperaturen wenig verändert.

Aus der Partei.

Hermann Kraffer. Im Alter von 69 Jahren verstarb in Juidan Genosse Hermann Kraffer, der 25 Jahre lang Redakteur an dem dortigen Parteiorgan war und zahlreiche Vertrauensämter innerhalb der Partei, der Gewerkschafts- und Krankenkassenbewegung innehatte. Kraffer war in den letzten Jahren auch Stadteroberungsleiter. In ihm verliert die örtliche Parteibewegung einen anerkannten Führer.

Die Organisation Wien ist, wie der Vorstand auf der Jahreskonferenz berichtete, in dem furchtbaren Krisenjahr von 267 125 nur auf 262 888 männliche Mitglieder zurückgegangen, aber die Zahl der weiblichen Mitglieder von 150 930 auf 152 282 gestiegen. Die Frauen stellen bereits 36,7 Proz. der Organisation. Da auch der geringe Rückgang der männlichen Mitglieder keineswegs in ganz Wien zu verzeichnen ist, mehrere stark proletarische Bezirke vielmehr eine Steigerung aufweisen, dürften unter den Ursachen des Rückgangs auch Arbeitsfehler einzelner Untergruppen sein, denen man nachforschen wird. Gemessen an der Nationalratswahl im November 1930 sind 59 Proz. der sozialdemokratischen Wähler Mitglieder der Partei, von den männlichen Wählern sogar 81,1 Proz. und von den Wählerinnen 40,1 Proz.

Das Bildungswesen der Organisation hat Schallplatten und Schmalfilme in seinen Dienst gestellt; seine Büchererei haben im Jahre 1930 nicht weniger als 2 027 649 Bände verliehen, um 317 654 mehr als im Jahre vorher und 11,8 Proz. davon sind gesellschafts- oder naturwissenschaftlichen Inhalts, woraus die 800 Funktionäre der Arbeiterbüchereien wohl stolz sein können.

Von den 415 710 Mitgliedern entfallen 232 846 auf die manuellen Arbeiter (einschließlich 7710 Hausgehilfen, 3207 Hausbesorger, 9272 Sozialrentner), 49 170 auf die Privatangestellten, 35 358 auf öffentliche Angestellte (einschließlich 2869 Lehrern und 3978 Heeres-, Polizei- und Gendarmenpersonen), 17 875 Gewerbetreibende und Kaufleute und 6319 Angehörige der Intelligenz (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Studenten usw.). Von den 152 282 weiblichen Parteimitgliedern sind 66 693 nur im Haushalt tätig, die überwiegende Mehrheit sind erwerbstätig.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind **2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten**

Das Mitgliedsbuch des Genossen **Hans Koschitzki**, Dentist, Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Straße 24, ist gestohlen worden. — Sollte es irgendwo als Ausweis benutzt werden, dann ist es anzuhalten und der Vorzeiger festzustellen.

J. H. Meyer Bagels.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

heute, Dienstag, 28. April.

Morgen, Mittwoch, 29. April.

Donnerstag, 30. April.

Freitag, 1. Mai.

Sonntag, 2. Mai.

Montag, 3. Mai.

Dienstag, 4. Mai.

Mittwoch, 5. Mai.

Donnerstag, 6. Mai.

Freitag, 7. Mai.

Sonntag, 8. Mai.

Montag, 9. Mai.

Dienstag, 10. Mai.

Mittwoch, 11. Mai.

Donnerstag, 12. Mai.

Freitag, 13. Mai.

Sonntag, 14. Mai.

Montag, 15. Mai.

Dienstag, 16. Mai.

Mittwoch, 17. Mai.

Donnerstag, 18. Mai.

Freitag, 19. Mai.

Sonntag, 20. Mai.

Montag, 21. Mai.

Dienstag, 22. Mai.

Mittwoch, 23. Mai.

Donnerstag, 24. Mai.

Freitag, 25. Mai.

Sonntag, 26. Mai.

Montag, 27. Mai.

Dienstag, 28. Mai.

Mittwoch, 29. Mai.

Donnerstag, 30. Mai.

Freitag, 31. Mai.

Sonntag, 1. Juni.

Montag, 2. Juni.

Dienstag, 3. Juni.

Mittwoch, 4. Juni.

Donnerstag, 5. Juni.

Freitag, 6. Juni.

Sonntag, 7. Juni.

Montag, 8. Juni.

Dienstag, 9. Juni.

Mittwoch, 10. Juni.

Donnerstag, 11. Juni.

Freitag, 12. Juni.

Sonntag, 13. Juni.

Montag, 14. Juni.

Dienstag, 15. Juni.

Mittwoch, 16. Juni.

Donnerstag, 17. Juni.

Freitag, 18. Juni.

Sonntag, 19. Juni.

Montag, 20. Juni.

Dienstag, 21. Juni.

Mittwoch, 22. Juni.

Donnerstag, 23. Juni.

Freitag, 24. Juni.

Sonntag, 25. Juni.

Montag, 26. Juni.

Dienstag, 27. Juni.

Mittwoch, 28. Juni.

Donnerstag, 29. Juni.

Freitag, 30. Juni.

Sonntag, 1. Juli.

Montag, 2. Juli.

Dienstag, 3. Juli.

Mittwoch, 4. Juli.

Donnerstag, 5. Juli.

Freitag, 6. Juli.

Sonntag, 7. Juli.

Montag, 8. Juli.

Dienstag, 9. Juli.

Mittwoch, 10. Juli.

Donnerstag, 11. Juli.

Freitag, 12. Juli.

Sonntag, 13. Juli.

Montag, 14. Juli.

Dienstag, 15. Juli.

Mittwoch, 16. Juli.

Donnerstag, 17. Juli.

Freitag, 18. Juli.

Sonntag, 19. Juli.

Montag, 20. Juli.

Dienstag, 21. Juli.

Mittwoch, 22. Juli.

Donnerstag, 23. Juli.

Freitag, 24. Juli.

Sonntag, 25. Juli.

Montag, 26. Juli.

Dienstag, 27. Juli.

Mittwoch, 28. Juli.

Donnerstag, 29. Juli.

Freitag, 30. Juli.

Sonntag, 31. Juli.

Montag, 1. August.

Dienstag, 2. August.

Mittwoch, 3. August.

Donnerstag, 4. August.

Freitag, 5. August.

Sonntag, 6. August.

Montag, 7. August.

Dienstag, 8. August.

Mittwoch, 9. August.

Donnerstag, 10. August.

Freitag, 11. August.

Sonntag, 12. August.

Montag, 13. August.

Dienstag, 14. August.

Mittwoch, 15. August.

Donnerstag, 16. August.

Freitag, 17. August.

Sonntag, 18. August.

Montag, 19. August.

Dienstag, 20. August.

Mittwoch, 21. August.

Donnerstag, 22. August.

Freitag, 23. August.

Sonntag, 24. August.

Montag, 25. August.

Dienstag, 26. August.

Mittwoch, 27. August.

Donnerstag, 28. August.

Freitag, 29. August.

Sonntag, 30. August.

Montag, 31. August.

Dienstag, 1. September.

Mittwoch, 2. September.

Donnerstag, 3. September.

Freitag, 4. September.

Sonntag, 5. September.

Montag, 6. September.

Dienstag, 7. September.

Mittwoch, 8. September.

Donnerstag, 9. September.

Freitag, 10. September.

Sonntag, 11. September.

Montag, 12. September.

Dienstag, 13. September.

Mittwoch, 14. September.

Donnerstag, 15. September.

Freitag, 16. September.

Sonntag, 17. September.

Montag, 18. September.

Dienstag, 19. September.

Mittwoch, 20. September.

Donnerstag, 21. September.

Freitag, 22. September.

Sonntag, 23. September.

Montag, 24. September.

Dienstag, 25. September.

Mittwoch, 26. September.

Donnerstag, 27. September.

Freitag, 28. September.

Sonntag, 29. September.

Montag, 30. September.

Dienstag, 1. Oktober.

Mittwoch, 2. Oktober.

Donnerstag, 3. Oktober.

Freitag, 4. Oktober.

Sonntag, 5. Oktober.

Montag, 6. Oktober.

Dienstag, 7. Oktober.

Mittwoch, 8. Oktober.

Donnerstag, 9. Oktober.

Freitag, 10. Oktober.

Sonntag, 11. Oktober.

Montag, 12. Oktober.

Dienstag, 13. Oktober.

Mittwoch, 14. Oktober.

Donnerstag, 15. Oktober.

Freitag, 16. Oktober.

Sonntag, 17. Oktober.

Montag, 18. Oktober.

Dienstag, 19. Oktober.

Mittwoch, 20. Oktober.

Donnerstag, 21. Oktober.

Freitag, 22. Oktober.

Sonntag, 23. Oktober.

Montag, 24. Oktober.

Dienstag, 25. Oktober.

Mittwoch, 26. Oktober.

Donnerstag, 27. Oktober.

Freitag, 28. Oktober.

Sonntag, 29. Oktober.

Montag, 30. Oktober.

Dienstag, 31. Oktober.

Mittwoch, 1. November.

Donnerstag, 2. November.

Freitag, 3. November.

Sonntag, 4. November.

Montag, 5. November.

Dienstag, 6. November.

Mittwoch, 7. November.

Donnerstag, 8. November.

Freitag, 9. November.

Sonntag, 10. November.

Montag, 11. November.

Dienstag, 12. November.

Mittwoch, 13. November.

Donnerstag, 14. November.

Freitag, 15. November.